

Die BRD Lüge



Almanach ungültiger Gesetze in der BRD



Deutsche Flagge - richtig rum

Auf der Deutschlandfahne ist oben Gold,
weil wir die Freiheit haben so gewollt,
weil wir wollen das Licht der Sonne sehn,
weil wir in Frieden wollen zu einander stehn.

In der Mitte rot wie das eigene Blut,
welches pulsiert in jedem Herzen gut,
auch rot wie die Liebe und Leidenschaft
oder wie des Feuers leuchtende Kraft.

Unten schwarz wie die fruchtbare Erde
auf welcher nicht nur weidet die Herde,
in welcher auch gesät wird und gepflanzt,
auf welcher wir uns bewegen und wird getanzt.

Inhalt in Schlagworten:

- **Die BRD gibt es schon lange nicht mehr!**
- **Die „BRD“ ist eine Firma in Form einer GmbH**
- **Der Bundestag ist eine Firma**
- **Wir sind immer noch ein besetztes Land!**
- **Keiner von uns hat Eigentum in Form von Haus, Hof und Garten!**
- **Das Grundgesetz ist schon lange abgeschafft.**
- **Strafzettel, „Knöllchen“ und Punkte sind seit 2007 ungültig!**
- **Es gibt keine rechtliche Grundlage für Steuern.**
- **Berlin, das Saarland und die „neuen Bundesländer gehören nicht zur BRD, usw.**

Stellt sich doch die Frage:



Was gilt überhaupt noch in dieser nicht mehr existierenden „BRD“

Ganz wenig, um es mit einem Satz zu sagen.

Vorwort:

Dieses Büchlein ist in gemeinsamer Arbeit vieler, aufgeschlossener Menschen entstanden. Als wir erstmals von ungültigen Gesetzen in der BRD erfahren und alles ausführlich geprüft hatten, waren wir erst einmal geschockt und dann machte sich grenzenlose Enttäuschung breit. Werden doch jeden Tag diese ungültigen Gesetze zum Nachteil von uns Bürgern in der BRD GmbH angewandt. Auch wir haben Jahre lang an unser demokratisches System und an die Gerechtigkeit geglaubt um dann festzustellen, dass wir von Richtern, Staatsanwälten, Anwälten, Steuerberatern, der Polizei, unseren Lehrern und der Presse getäuscht und belogen wurden, vor allem von denjenigen die wir durch Abgabe der Stimme gewählt haben und heute durch uns in hohen Positionen sitzen. Alle „dort oben“ kennen und wissen um die Zusammenhänge, wagen aber nicht die Wahrheit zu sagen, weil sie selbst in diesem verlogenen System ihre Brötchen verdienen. Nur wenige äußern sich - meist nach der Pensionierung. Richter a.D., Polizisten und Staatsanwälte a.D. schämen sich nach einem langen verlogenen Leben so gehandelt zu haben und packen in vielen Videos auf YouTube aus. Das gesamte System der BRD ist verlogen und korrupt. Es gibt keine unabhängige Justiz, keine unabhängige Presse und keine Gerechtigkeit. Ganz langsam wacht der „Deutsche Michel“ auf und hinterfragt die Zusammenhänge. Das sollten eigentlich alle tun, auch die ewig Gestrigen, die immer noch meinen: „Das kann doch alles nicht wahr sein“. Im „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ steht in Art. 20: (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der

Rechtsprechung ausgeübt. (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden. Und besonders zu beachten: **(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

In Art. 146 GG steht auch: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine **Gültigkeit an dem Tage**, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.

Wozu haben wir Augen, Ohren, ein Gewissen, ein Gerechtigkeitsgefühl und eine exakte Sprache. Nutzen wir unsere Fähigkeiten; Denken hilft. Es wird sich nichts von selber ändern, wir müssen schon etwas tun. „Die Hoffnung stirbt zuletzt“, war ein bekannter NDR Fernsehfilm aus dem Jahre 2002.

Einführung:

Jeder von uns wurde schon mal von denen da „Oben“ ungerecht behandelt, sei es durch ein Knöllchen, einen ungerechten Gerichtsentscheid oder eine Abfuhr bei einem Amt. Hast Du was ändern können? Nein? Dann hattest Du zu wenig Information über das, was richtig und das, was falsch ist. „Wer keine Ahnung hat muss zahlen“ oder „Nur die dummen Kühe wählen ihren Metzger selber“. Besonders freue ich mich darüber, dass Du noch neugierig bist und mehr wissen willst, sonst hättest Du ja dieses Büchlein nicht in der Hand. Du gehört übrigens zu den wenigen Menschen die sich nicht mehr länger ver lassen wollen. Mach Dich auf einiges gefasst, denn ich es wird Dir die Augen öffnen. Doch sei kritisch und

überprüfe alle Ausführungen durch Recherche im Internet selbst. Ist Dir auch schon aufgefallen: Heute entscheiden unsere Politdarsteller so und morgen so. Keiner weiß wirklich, was noch gilt. Sie stecken sich immer mehr Diäten in die Tasche und wenn man die Volkszertreter mal braucht - nur heiße Luft? US-Angi sagt dazu: „Keiner kann davon ausgehen, dass, was vor den Wahlen versprochen worden ist, nach den Wahlen noch Gültigkeit hat“, oder mit den Worten von Horst Seehofer: „Die, die entscheiden, sind nicht gewählt und diejenigen die gewählt wurden, haben nichts zu entscheiden.

Schwamm drüber, wir können es sowieso nicht ändern, das sagen allerdings nur die Menschen, die schon lange resigniert haben. „Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom“. Zu welcher Sorte von Menschen möchtest Du zukünftig gehören? Zu den Gewinnern oder zu denjenigen, auf denen immer weiter herumgetrampelt wird? Unsere Politiker wissen sehr genau welche Gesetze noch gelten und welche nicht. Doch es wird einfach weiter gemacht als ob alles in Ordnung ist. Das Deutsche Volk wird durch „Brot und Spiele“ mittels Fernsehen eingelullt und absichtlich dumm gehalten. Strafzettel jeden Tag und das, obwohl das Ordnungswidrigkeiten Gesetz (OWiG) schon lange nicht mehr gültig ist. Die Gemeinden planen am Anfang des Jahres Summen in Millionenhöhe ein, die aus Strafzetteln als Vorgabe von uns erbeutet werden müssen! Punkte in Flensburg - illegal. Urteile im Namen des Volkes (welchen Volkes?) werden von Richtern nicht mehr unterschrieben und durchgesetzt, obwohl alle Urteile ohne Unterschrift ungültig sind. Wir haben bis heute keinen Friedensvertrag, sind real noch mit 47 Staaten im Kriegszustand und immer noch ein durch die Alliierten besetztes Land. Alle Rechte liegen unmissverständlich bei den drei Siegermächten und der Besatzungsmacht Frankreich. Durch Steuern, Strafzettel und Abgaben werden wir jeden Tag ausgeplündert. Dabei verstößt nach der Haager

Landkriegsordnung (HLKO) die Plünderung eines besiegten Volkes gegen das Völkerrecht und ist Hochverrat. Steuern und Abgaben in immenser Höhe, für die es keine gesetzliche Grundlage gibt, lassen kaum Raum für ein lebenswertes Leben. Von dem verbleibenden Rest wird dann noch die (ungültige) Mehrwertsteuer fällig. Besser könnte man leben, würde man sich die Abzüge auszahlen lassen. Kaum ein Richter, Staatsanwalt, Notar, Gerichtsvollzieher oder Rechtsanwalt hat die notwendige Genehmigung seitens der amerikanischen Behörden für eine Tätigkeit auf deutschem Boden. Gerade weil Deutschland, mit seinen vielen cleveren Menschen so leistungsstark ist, wird es als Zahlmeister ausgenutzt. Geld für Griechenland, für Spanien und andere Staaten. Dabei hat kein Deutscher selbst Eigentum auf deutschem Boden, er ist nur Besitzer seines Hauses. Im KFZ - Brief steht unter dem Punkt C.4c: „Der Inhaber der Zulassungsbescheinigung wird nicht als Eigentümer des Fahrzeugs ausgewiesen“. In der Kopfzeile des Fahrzeugbriefes (Zulassungsbescheinigung Teil II) steht „Europäische Gemeinschaft“. Diese ist aber seit dem 1. Dez. 2009 aufgelöst. Da staunst Du aber, oder? Wem also gehört also das von Dir bezahlte Auto? Der so genannte Fiskalpakt (ESM) bestimmt, dass wir als leistungsstarkes Land Milliarden bezahlen müssen und innerhalb von sieben Tagen kann jede beliebige Summe nachgefordert werden. Die Mitglieder des Gouverneurs -rats, die Mitglieder des Direktoriums und alle Bediensteten des ESM genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen und Unverletzlichkeit hinsichtlich ihrer amtlichen Schriftstücke und Unterlagen (Art. 35). Unser Bundestag ist eine Firma und hat die Umsatzsteuernummer DE 122119035. Die BRD ist eine Firma „Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ mit Sitz in Frankfurt/Main, HRB 51411. Das Stammkapital beträgt 50.000 DEM mit offiziell ungefähren

Schulden von derzeit 2.3 Billionen Euro (real 8 Billionen) mit einem Zuwachs von zurzeit € 11.000 **pro Sekunde** - also - nach geltendem Rechtsverständnis schon Konkurs, oder? Die meisten von uns sind Personal dieser „BRD GmbH“. Dazu reicht ein Blick in den **Personalausweis**. Als Staatsangehörigkeit steht dort DEUTSCH. Doch einen Staat „DEUTSCH“ gibt es nicht. Müsste dort nicht „Bundesrepublik Deutschland“ oder „Deutschland“ stehen? Es hat schon seinen Grund warum dort DEUTSCH steht. Dein Pass hat die Farbe Rot und Rot steht für vorläufig und Feindstaat. Durch einfachste Recherche im Internet kann man sich zum Glück heute und sofort von den genannten Tatsachen überzeugen. Also, wer und was sind wir, welche rechtliche Situation haben wir in Deutschland?

„Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen“

Abraham Lincoln, Präsident der U.S.A.

Jeder von uns ist verantwortlich nicht nur für das, was wir machen, sondern auch verantwortlich dafür, was wir nicht machen.

Mal darüber nachdenken: Man gibt seine Stimme an der Wahlurne ab und hat damit keine mehr und sie wird sogar in einer Urne beerdigt. So präzise ist die deutsche Sprache. Man könnte auch sagen: Nichtwähler sind Helden.

Seit 25.7.2012 kommt mit der erneuten **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts** zur Verfassungswidrigkeit des Wahlrechts auf Bundesebene ein neues Argument von entscheidender Bedeutung hinzu: Danach ist davon auszugehen, dass kein einziges Bundesgesetz unter der Geltung des

bisherigen Bundeswahlgesetzes in der ursprünglichen Fassung seit dem 07.05.1956 von „dem verfassungsmäßig legitimierten Bundesgesetzgeber“ verabschiedet worden ist. Ein Gesetz, das nicht von dem ordnungsgemäß dazu berufenen Gesetzgeber stammt, kann folglich kein rechtsstaatliches Gesetz mit dem Anspruch auf Gehorsam sein. Die Wirkungen des ergangenen Urteils gehen jedenfalls durch die gesamte Nachkriegsrechtsordnung und sind auf jeden Fall in allen anhängigen Verfahren zu berücksichtigen. Bei der gegebenen Sach- und Rechtslage ist jedes Verfahren jedenfalls vollziehungsmäßig auszusetzen, bis ggf. höchstrichterlich entschieden ist, welche konkreten Konsequenzen der Spruch aus **Karlsruhe vom 25.7.2012 (2 BvF 3/11, 2 BvR 2670/11, 2 BvE 9/11)** hat. Jedenfalls hat der Richterspruch erneut die Nichtigkeit unsere Gesetze bestätigt. Im Zusammenhang mit früheren Entscheidungen, wie etwa dem ähnlich lautenden Entscheid des Bundesverfassungsgericht vom 3. Juli 2008 ist unzweifelhaft festzustellen, dass keine Bundesregierung „verfassungskonform“, also in Einklang mit dem Grundgesetz, zustande gekommen ist. Dies trifft dann auch auf den Bundestag, den Gesetzgeber und die Länderorgane zu. Es wurde und wird also normativ Verfassungs-, Landes- und Hochverrat betrieben und das über die gesamte Struktur aller öffentlichen Organe von der Polizei bis zum Bundespräsidenten. Dabei ist es unerheblich, ob wissentlich oder in gutem Glauben in dem Heer der Scheinrichter, Scheinrichterrinnen an den Scheingerichten gehandelt wird. Mit Urteil des EGMR 75529/01 am 08.06.2006 hat der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass die „BRD“ kein wirksamer Rechtsstaat sondern eine Illusion ist“

Fangen wir mal langsam an:

Die BRD ist seit dem Ende des zweiten Weltkrieges kein souveräner Staat, sondern ein militärisch besetztes Gebiet der Alliierten. Deutschland hat bis heute keinen Friedensvertrag mit den Gegnern des zweiten Weltkrieges geschlossen – weder mit den vier alliierten Besatzungsmächten, noch mit irgendeinem anderen mit Deutschland im Kriegszustand befindlichen anderen Staat. Die Bundesrepublik Deutschland war zu keinem Zeitpunkt Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, sondern nur ein „besatzungsrechtliches Mittel“ zur Selbstverwaltung eines Teils von Deutschland für eine bestimmte Zeit. Berlin hat seit Ende des Krieges einen besatzungs- und verfassungsrechtlich „besonderen Status“ und war und ist nie ein Teil der BRD. Das besatzungsrechtliche Provisorium BRD erhielt **keine** vom Volk in freier Selbstbestimmung gewählte Verfassung, sondern lediglich ein „Grundgesetz für die BRD“, welches ein „Provisorium zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem militärisch besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit“ ist („Haager Landkriegsordnung“ von 1907, Art. 43 (RGBl. 1910)).

Mit der Streichung des Artikels 23 a.F. und damit der Geltungsbereich, ist am 17. Juli 1990 nicht nur das Grundgesetz, sondern die „Bundesrepublik Deutschland“ selbst als provisorisches Staatsgebilde erloschen. Mit dem Erlöschen des „Grundgesetzes für die BRD“ ist die Weimarer Verfassung von 1919 wieder in Kraft. Der Staat „Deutsches Reich“ als Institution des Völkerrechts ist 1945 bei der Kapitulation nicht untergegangen. (Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 2BvF 1/73). Das Hoheits- und Vertretungsrecht über Deutschland kann völkerrechtlich nur von einer Regierung des „Deutschen Reichs“ ausgeübt werden, da das derzeitige „vereinte“ Deutschland nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist, sondern lediglich ein Staatsfragment innerhalb des Deutschen Reichs in den Grenzen vom 31. Dezember 1937.

Inhalt des Büchleins in Schlagworten:

- Die Siegermächte
- Die BRD ist kein Staat
- Das Grundgesetz GG für die BRD ist keine Verfassung
- Die BRD wurde aufgelöst
- Der „2 plus 4“ Vertrag wurde niemals ratifiziert
- Das Ordnungswidrigkeitengesetz OWiG ist ungültig
- Die Strafprozessordnung StPO ist ungültig
- Die Zivilprozessordnung ZPO ist ungültig
- Das Gerichtsverfassungsgesetz GVG ist ungültig
- Die Finanzgerichtsordnung FGO ist ungültig
- Das Umsatzsteuergesetz UStG ist ungültig
- Die Abgabenordnung AO 1977 ist ungültig
- Die Justizbeitreibungsordnung ist ungültig
- Das Punktekonto in Flensburg ist ungültig

- Der Bußgeldkatalog ist ungültig
- Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Notare sind Privatpersonen und haften persönlich bis in die dritte Generation
- Gerichtsvollzieher sind illegal und Privatpersonen
- Polizeibeamte handeln als Privatpersonen und sind persönlich haftend
- Der Gelbe Brief ist illegal und nichtig
- Der Vollstreckungsbefehl ist ungültig
- Berlin gehört nicht zur BRD und ist schon gar nicht Hauptstadt
- Alle in Berlin beschlossenen Gesetze sind nichtig

und vieles mehr.....

Geltung des Grundgesetzes:

Während der „2 plus 4“ Verhandlungen am 17.07.1990 in Paris haben die Vertreter der Alliierten dem Außenminister der „BRD“, Hans Dietrich Genscher, im Beisein der weiteren Außenminister Eduard Schewardnadse, Markus Meckel und Krzysztof Skubiszewski mitgeteilt, dass der Art. 23 a.F. „Grundgesetz“ per 18.07.1990 0:00 Uhr MEZ „gestrichen“ ist. Diese Regelung wurde im „Einigungsvertrag“ dann übernommen, woraufhin das „Grundgesetz“ an sechs Stellen

geändert wurde und auch eine neue Präambel bekam. Am 17.07.1990 hatten sich Meckel und Genscher u.a. mit der polnischen Forderung einverstanden erklärt, dass in der zukünftigen Verfassung des vereinten Deutschlands der Hinweis auf die deutsche Einheit nach der Präambel und die Beitrittsmöglichkeit nach Art. 23 a.F. nicht mehr enthalten sein soll – dies forderte Polen, um jegliche Gebietsansprüche Deutschlands auszuschließen. Der so genannte „Einigungsvertrag“ wurde nur von der „BRD“ ratifiziert, aber von keinem einzigen der Siegermächte, weil insbesondere die gemeinsame Verfassung für beide Teile Deutschlands nicht geschaffen wurde. Auch die vorher zugesicherte „volle Souveränität“ durch die Siegermächte wurde nachträglich wieder aufgehoben. Am 25.09.1990 haben die Westalliierten auf Grund der Weigerung der „BRD/DDR“- Politiker, das Faktum der Nichtexistenz der „BRD“ anzuerkennen, ein „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin“ zwischen den Westalliierten und der „BRD“ geschlossen und somit wurde folgender Text in Art. 4 dieses Übereinkommens festgelegt (BGBl. II, S. 1274 ff.): „Alle Urteile und Entscheidungen, die von einem durch die alliierten Behörden oder durch eine derselben eingesetzten Gerichtes oder gerichtlichen Gremiums vor Unwirksam werden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in Bezug auf Berlin* erlassen worden sind, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und werden von den deutschen Gerichten und Behörden wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden behandelt.“

* Da alle alliierten Entscheidungen in Berlin ergangen sind, betrifft dies auch alle jemals getroffenen Entscheidungen! Damit gehört beispielsweise Berlin noch immer nicht zum Bundesgebiet und kann demzufolge auch nicht die Hauptstadt

der BRD sein! Da Berlin damit exterritorial ist, können dort erlassene Gesetze auf deutschem Boden nicht wirksam sein!

In einem Schreiben der Drei Siegermächte (Frankreich ist Besatzungsmacht) vom 8. Juni 1990 wurde noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wir möchten Ihnen mitteilen, dass die drei Westmächte im Lichte der jüngsten Entwicklungen in Deutschland und in der internationalen Lage bestimmte Aspekte Ihrer Vorbehalte zum Grundgesetz einer erneuten Prüfung unterzogen haben. Die Vorbehalte der drei Westmächte in Bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und das volle Stimmrecht der Vertreter Berlins im Bundestag und im Bundesrat, die insbesondere im Genehmigungsschreiben vom 12. Mai 1949 zum Grundgesetz angesprochen sind, werden hiermit aufgehoben. Die Haltung der Alliierten, „dass die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, dass diese Sektoren wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden, bleibt unverändert.“ (BGBl. Jahrgang 1990 Teil I, S. 1068)

Unglaublich, aber wahr:

Tatsache ist, dass Berlin nie ein Teil der „Bundesrepublik Deutschland“ war, es weiterhin nicht ist und daher auch nicht die Hauptstadt sein kann! Verschiedene Bundesverfassungsgerichtsurteile haben dies ebenfalls bestätigt: BVerfG 2 BvL 6/56 vom 21. Mai 1957, BVerfG 2 BvF 1/73 vom 31. Juli 1973, BGBl. II 1990, S. 1274 u.a. 1994 stimmten Bundestag und

Bundesrat dem „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin“ vom 25.09.1990 zu. (Vgl. BGBl. II 1994, S. 26, Art. 1, Buchstabe d). Damit gab die „BRD“ endgültig ihren Anspruch auf „volle Souveränität“ auf. Entsprechend Artikel 1 des 2. Bereinigungsgesetzes gilt: Aufhebung des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes „Das Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 101-2, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben“ und in Artikel 2 heißt es: Aufhebung des Gesetzes zur Einführung von Bundesrecht im Saarland (101-3) „Das Gesetz zur Einführung von Bundesrecht im Saarland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 101-3, veröffentlichten bereinigten Fassung wird aufgehoben“. Mit anderen Worten: Das Saarland gehört seit dem 31.12.2007 nicht mehr zur BRD. Weitere Verträge bestätigen die nicht vorhandene Souveränität Deutschlands: „2 plus 4“ Vertrag: Art. 2: „Alle Rechte und Verpflichtungen der alliierten Behörden bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft.“ Art. 4: „Alle Urteile und Entscheidungen der alliierten Behörden bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtswirksam und rechtskräftig.“ (Bundesgesetzblatt 1990, Teil II, Seite 1274 sowie BGBl. II 1994, S. 40 ff. und BGBl. II, S.1386). Vereinbarung vom 27. und 28.09.1990 zum Vertrag über die Beziehungen der BRD und den Drei Mächten: „Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungs- Maßnahmen der alliierten Behörden begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft.“ (Bundesgesetzblatt 1990 Teil II, Seite 1386 ff., Teil I, Art. 2, Abs. 1). Auch ist völkerrechtlich betrachtet eine „Einigung“ noch lange keine Wiedervereinigung. Danach stellt sich die juristische Frage, ob sich das „Grundgesetz“ überhaupt noch auf einen in diesem selbst bestimmten räumlichen

Geltungsbereich erstreckt. Die Präambel spricht zwar davon, dass das „Grundgesetz“ für „das gesamte Deutsche Volk“ gelten soll. Dies bezeichnet jedoch keinen territorialen Geltungsbereich. Eine Präambel ist ein **Vorwort** und hat keinerlei gesetzliche Wirkung. Die rechtliche Würdigung ergibt, dass die „BRD“ seit dem 18.07.1990 00:00 MEZ komplett abgeschafft wurde und zwar durch einen besatzungshoheitlichen Akt der Siegermächte. Gegen dieses rechtliche Faktum ist bisher noch kein durchschlagendes Gegenargument ersichtlich geworden. Das „Grundgesetz“, das seinerseits ebenfalls nie ratifiziert worden ist und nur durch „faktische Unterwerfung“ eine Art Gewohnheitsrecht in der „BRD“ wurde (vgl. Prof. Dr. Carlo Schmid in seiner Rede im Parlamentarischen Rat vom 8. September 1948), kann aber als „Ersatzverfassung“ nicht auf eine selbst ausdrücklich vorgenommene räumliche Definition seines Geltungsbereichs (wie im alten Art. 23 GG) verzichten. Als ranghöchstes Recht hat es diese grundlegenden Bestimmungen selbst zu treffen!

Dies ist derzeit nicht mehr der Fall und somit ist die vermeintliche „BRD“ nur noch eine nichtstaatliche Organisation.

Damit sind aber alle rechtlichen Grundlagen für laufende Verfahren nach: StPO, ZPO, OWiG, AO 1977 usw. entfallen, so dass sich eine Entscheidung hierauf nicht mehr stützen kann. Die Verfahren sind daher sämtlich einzustellen, es sei denn, von Seiten des Staates wird eine Legitimation geliefert, die rechtlich zwingend ist. Da auch die gesamte Rechtsprechung in der „BRD“ auf dem Boden des „Grundgesetzes“ und in der „DDR“ auf dem Boden der dortigen, damaligen Verfassung stand, ist nach dem 18.07.1990 in konsequenter Fortführung des Gedankens zumindest von einem Stillstand der Rechtspflege auszugehen. Auch dies würde eine Einstellung laufender

Verfahren rechtfertigen! Es braucht nur der Frage nachgegangen zu werden, welches Recht bei dieser Sachlage überhaupt noch gilt. Auf jeden Fall gelten die SHAEF-Gesetze der Besatzungsmächte weiter. Dies wurde durch entsprechende Vereinbarungen nach der „Vereinigung“ mehrfach festgestellt (Bsp.: „Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in Bezug auf Berlin“ vom 25.09.1990 (BGBl. 1990 II S. 1274)). Zusammenfassend: Mit der Streichung des Artikel 23 a.F. des „Grundgesetzes“ hörte die „BRD“ auf zu existieren und die handelnden Politiker verloren damit ihre Legitimation. Somit sind alle Verträge, die nach dem Datum der Pariser Konferenz durch unlegitimierte deutsche Politiker abgeschlossen wurden, nach internationalem und Völkerrecht nichtig! Das betrifft beispielsweise auch den „Einigungsvertrag“: Nach internationalem Recht sind Verträge, die gegen Normen des Völkerrechts verstoßen, nichtig (siehe Artikel 53 des „Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge“ vom 23. Mai 1969, von der „BRD“ ratifiziert am 20.08.1987): Artikel 53 –

Verträge im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts: Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht. Im Sinne dieses Übereinkommens ist eine zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts eine Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann. Es entspricht internationalen Normen, dass nur rechtmäßig legitimierte Personen die Vertretungsgewalt haben und Verträge abschließen können. Diese Verträge dürfen zu anderen, übergeordneten Normen nicht im Gegensatz stehen.

Nachweislich ist aber seit der Streichung des Artikel 23 a.F. „Grundgesetz“ eben dieser Paragraph am 31. August 1990, dem

Tag der Unterzeichnung des „Einigungsvertrages“, nicht mehr existent gewesen, da er am 17.07.1990 gestrichen wurde. Damit kann der Paragraph 1 des „Einigungsvertrages“ (Beitritt gemäß Art. 23 a.F. „GG“) wohl kaum umsetzbar gewesen sein. Des Weiteren widerspricht Paragraph 2 des „Einigungsvertrages“, der Berlin zur Hauptstadt machen soll. Wie Dir vom Anfang dieses Kapitels ebenfalls schon bekannt ist, widersprachen die Alliierten dem Passus, der Berlin zum „Bundesgebiet“ erklärte und zur Hauptstadt machen sollte und stellten fest, dass Berlin weiterhin einen Sonderstatus besitzt und kein Bestandteil des Landes ist. Somit werden durch den Einigungsvertrag Tatsachen vorgetäuscht, für die die deutsche Seite gar nicht legitimiert war und die deshalb auch nicht statt fanden! Da der „Einigungsvertrag“ somit ungültig ist, ist das Gebiet der ehemaligen „DDR“ bis zum heutigen Tag kein Bestandteil der „Bundesrepublik Deutschland“!

Prüfe es selbst nach: BGBl. Jahrgang 1990 Teil I, S. 1068 (Das Bundesgesetzblatt Teil I, II ist öffentlich und kann im Internet direkt eingesehen werden unter: <http://www1.bgbl.de>)

An der fehlenden Legitimation „unserer Regierung“ hat sich im Übrigen bis zum heutigen Tag nichts geändert. Auch durch unsere verfassungswidrigen „Wahlen“ wird keine Legitimation hergestellt. Und so stehen wir der „Herrschaft der Politik“ ohnmächtig gegenüber, die wir nicht beeinflussen können. Und das nennen diese „Vertreter des Volkes“ tatsächlich Demokratie. Langsam dürfte es jedem klar sein, dass Demokratie wohl doch etwas anderes ist. Hast Du in diesem Zusammenhang eigentlich schon bemerkt, dass unsere „Kanzlerin“, Angela Merkel, mit aller Macht versucht, die EU - Verfassung durchzusetzen! Dies geschieht nur aus einem Grund: Dann sind zukünftige Politikergenerationen pauschal legitimiert und es braucht nicht mehr der Frage nachgegangen

zu werden, wie lange das Deutsche Volk noch mit Lügen ruhig gestellt werden muss. Es hat nämlich dann keine national-selbständigen Rechte mehr. Gemäß Veröffentlichung des Bundesgesetzblattes 866 vom 24.04.2006 wurde mit dem **Ersten Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht** und vom 29.11.2007 mit dem **Zweiten Gesetz zur Bereinigung von Bundesrecht**, unter anderem folgendes neu geregelt:

Artikel 67 Änderung des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung

Die §§ 1 und 5 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 312-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2360) geändert worden ist, **werden aufgehoben**.

Artikel 49 Änderung des Gesetzes betreffend die

Einführung der Zivilprozessordnung Das Gesetz verweist auf Artikel 49, geänderte Normen: mWv. 25. April 2006 EGZPO § 1, § 2, § 13, § 16, § 17, § 20 (neu), § 20, § 22 (neu), § 32 (neu), § 33 (neu), § 34 (neu) § 1 (**aufgehoben**)...“

Artikel 57 Aufhebung des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

Das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 25 des Gesetzes vom 13. Dez. 2001 (BGBl. I S. 3574), **wird aufgehoben**...“

In jeweiligen §§ 1 in den Einführungsgesetzen wurde der „**Der Geltungsbereich**“ geregelt. **In allen drei Einführungsgesetzen ist der Geltungsbereich entfallen!**

„Gesetze, die keinen räumlichen Geltungsbereich definieren sind NICHTIG!

Diese Gesetze sind wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechts-Sicherheit ungültig und nichtig (BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147)!

„Jedermann muss, um sein eigenes Verhalten darauf einrichten zu können, in der Lage sein, den räumlichen Geltungsbereich eines Gesetzes ohne weiteres feststellen können. Ein Gesetz, das hierüber Zweifel aufkommen lässt, ist unbestimmt und deshalb wegen Verstoßes gegen das Gebot der Rechtssicherheit ungültig.“ (BVerwGE 17, 192)

Was ist los in und mit unserem Land?

„In Zeiten universeller Täuschung ist das Aussprechen von Wahrheit ein revolutionärer Akt!“ sagt George Orwell

Im Art 5 des Grundgesetz (GG) für die BRD steht:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt“.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte - Art. 19:

„Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen,

zu empfangen und zu verbreiten“.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass alle Politikern und alle Beamte der BRD seit 18. Juli 1990 kein Recht auf eine ordentliche Amtshandlung gemäß Gesetz möglich hat, da durch die Streichung von Artikel 23 GG der Geltungsbereich für jegliche Handlung fehlt. Alle Handlungen von so genannten Ämtern und deren so genannten Amtsträgern basieren auf einer privatrechtlichen Basis mit privatrechtlicher Vollhaftung. Jedwede Handlungen sind derzeit rein auf Willkür und Gewalt aufgebaut. Ämter wurden zwischenzeitlich, von der Bevölkerung fast unbemerkt, umbenannt in Agenturen! Warum nur?

Grundlagen der Völkergemeinschaft

Alle Völker dieser Erde sind frei und souverän, auch Deutschland. Deutschland ist nicht die „BRD“. Diese „BRD“ ist nur ein alliiertes vorübergehendes Verwaltungskonstrukt für eine Übergangszeit nach den waffentechnischen Kriegshandlungen des Zweiten Weltkrieges. Anmerkung: korrekter Weise muss es „Bundesrepublik von oder in Deutschland“ heißen, also BRvD oder BRiD“. Damit wir keinen Zungenbrecher bekommen, lassen wir es bei diesem Hinweis und schreiben nur „BRD“ (Federal Republic of Germany, Republic Federal d Allmagne), obwohl „BRiD oder BRvD“ richtig wäre!

Wir, das Deutsche Volk, benötigen dieses Verwaltungskonstrukt „BRD“ nicht mehr.

Wir, das Deutsche Volk, fordern heute unsere Souveränität und Freiheit hiermit uneingeschränkt zurück.

Wir, das Deutsche Volk, sind auch nicht zu verwechseln mit einer augenblicklichen, vom Deutschen Volk getrennten, nur scheinbaren und fremdbestimmten Macht- und

Entscheidungselite der „BRD“. Die Wahrheit wird von nun an öffentlich und volksnah dargestellt. Missstände sollten aufgeführt und namentlich benannt werden.

Alle ausländischen Streitkräfte - bewaffnet und unbewaffnet - werden hiermit aufgefordert unser Deutsches Land bedingungslos zu verlassen und uns nur im Bedarfsfall auf ausdrückliche Anforderung des Deutschen Volkes in Not zu helfen und beizustehen. Über den Notfall entscheidet ausschließlich das Deutsche Volk. Umgekehrt hilft auch das Deutsche Volk anderen Völkern, allerdings mit waffenlosen Einsatz. Keine Macht darf von nun an von Deutschem Boden aus einen Krieg oder Aggression planen, vorbereiten oder durchführen – gegen niemanden innerhalb und außerhalb Deutschlands.

Wir, das Deutsche Volk, werden ab sofort an keinen Kriegshandlungen mehr teilnehmen, Kriege weder materiell noch finanziell unterstützt. Auch unser Wissen und unsere materiellen Technologien werden nicht für Kriegshandlungen eingesetzt. Konflikte werden von uns ausschließlich friedlich gelöst, ohne Drohungen, Zwang oder ähnliche Repressalien.

Um Konflikte friedlich zu lösen, werden wir, das Deutsche Volk, alle Kräfte und Technologien unterstützen, die es ermöglichen, Frieden ohne Drohungen und materielle Waffen zu schaffen.

„Es ist gefährlich in Dingen Recht zu haben, in denen die etablierten Autoritäten Unrecht haben.“ – Voltaire

„Auch wenn alle einer Meinung sind, können alle Unrecht haben“.

Geschichtliches und Zitate:

Prof. Dr. Carlo Schmid teilte 1949 dem deutschen Volk mit: *„Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten! Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staats- Fragments entstehen müssen, sondern muss originär entstehen können.“*

Ehemaliger Bundeskanzler Konrad Adenauer:

“Wir sind keine Mandanten des Deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten” (zitiert nach Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim in “Die Deutschlandakte” S. 17)

Joschka Fischer, ehemaliger Außenminister:

“Wenn die Mehrheiten sich verändern, mag es eine andere Koalition geben. Aber es wird keine andere Politik geben. Dazu steht zu viel auf dem Spiel. Das wissen alle Beteiligten.”

Horst Seehofer, bayerischer Ministerpräsident, bei Erwin Pelzig, 20. Mai 2010: (You Tube): *„Diejenigen, die entscheiden sind nicht gewählt, und diejenigen die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden!“*

Sigmar Gabriel, SPD-Vorsitzender auf dem Sonderparteitag in Dortmund, 27. Februar 2010: *„Wir haben gar keine Bundesregierung – Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nicht - Regierungsorganisation in Deutschland.“*

Sigmar Gabriel, SPD-Vorsitzender beim Landesparteitag der NRWSPD am 05.03.2010: „***Genauso wenig wie es eine gültige Rechtsordnung gibt, genauso wenig gibt es einen Staat „Bundesrepublik Deutschland“.***“

Angela Merkel, anlässlich des 60-jähriges-Gründungsjubiläums der CDU am 05.Juli 2005: „***Die Menschen Deutschlands haben kein Recht auf Demokratie und freie Marktwirtschaft in alle Ewigkeit.***“

Wolfgang Schäuble auf dem European Banking Congress 18.11.2011 in Frankfurt a.M.: „***Und wir in Deutschland sind seit dem 08.Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.***“

„In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.“ - Kurt Tucholsky (1890-1935), dt. Schriftsteller

Völkerrechtlich fehlende Legimitation der „BRiD“

Es gibt kein festes Datum, ab dem das Deutsche Reich untergegangen wäre. Daher besteht das Deutsche Reich bis auf den heutigen Tag fort. Am 08.Mai 1945 hat die Deutsche Wehrmacht (Generaloberst Keitel, Generalfeldmarschall Jodel) vor den Alliierten Streitkräften kapituliert, d.h. die Deutsche Wehrmacht hat den Kampf bedingungslos eingestellt. Dennoch besteht das Deutsche Reich weiter fort. Das Deutsche Reich steht allen anderen dem Reich untergeordneten Organisationen vor. Sowohl die Deutsche Wehrmacht als auch die BRD waren eine dem Deutschen Reich untergeordnete Organisation. Die

„BRD“ allerdings ist den Alliierten untergeordnet. Dies hat eine weitere Folge, nämlich dass auch das Gesetz des Alliierten Kontrollrates Nr. 46 aus dem Jahre 1947, welches das Land Preußen auflösen sollte und wollte, von Rechts wegen nicht besteht. Denn es widerspricht zweifelsfrei dem allgemeinen Völkerrecht, da eine Besatzungsmacht nach Kriegsvölkerrecht (HLKO = Haager Landkriegsordnung) nicht berechtigt ist, das Gebiet des besetzten Landes willkürlich zu verändern. 1945 wurde dem Deutschen Volk die Handlungsfähigkeit und damit seine Eigenstaatlichkeit völkerrechtswidrig entzogen. Denn Deutschland wurde in der Folge des 2.Weltkrieges dreigeteilt (BRD = Westdeutschland, DDR = Mitteldeutschland und Deutsche Ostgebiete = Ostdeutschland). Jedoch stellte das „Bundesverfassungsgericht der BRD“ am 31. Juli 1973 klar und ausdrücklich fest, das der Staat „Deutsches Reich“ in seinen Grenzen v. 31.12.1937 rechtlich fortbesteht, tatsächlich aber wegen fehlender Organe nicht handlungsfähig ist. Die BRD ist damit aber auch kein Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches. Die Alliierten haben die Grenzen v. 31.12.1937 völkerrechtlich anerkannt (SHAEF-Gesetz 52 Artikel VII, Begriffsbestimmungen 9e (SHAEF = Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force)).

Die „BRD“ ist folglich kein Staat! Sie war und ist nur das Verwaltungskonstrukt der Alliierten. Das Deutsche Reich ist nicht identisch mit Hitler-Deutschland. Bildlich gesprochen: die „BRD“, die „DDR“, Polen und Russland sowie andere saßen gemeinsam nach den waffentechnischen Kriegshandlungen des Zweiten Weltkrieges auf dem Stuhl „Deutsches Reich“. Zurzeit meint die „BRD“, allein dort Platz gefunden zu haben. Polen, Russland und andere haben auch noch ein Stück vom Stuhl als Verwaltung erreichen können. Das ist in etwa so wie bei dem Spiel „Reise nach Jerusalem“. Das Spiel beginnt stets von neuem, bis der Stuhl frei ist und von einer legitimierten, vom

Deutschen Volk in freier souveräner Entscheidung gewählten Verfassung und Regierung in Besitz genommen wird. Die „BRD“ hat kein eigenes Staatsvolk. Laut Grundgesetz ist jeder - auch heute noch - Deutscher, der in den völkerrechtlich anerkannten Grenzen des Deutschen Reiches v. 31.12.1937 geboren ist. Die „BRD“ hat kein eigenes Staatsgebiet, denn sie sitzt auf dem Stuhl des Deutschen Reiches. Die „BRD“ hat keine eigene Staatsmacht, denn jeder Deutsche ist Staatsbürger des Deutschen Reiches. Die „BRD“ ist damit nicht Deutschland! Das Deutsche Reich allerdings hat diese drei notwendigen Merkmale eines Staates: Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsmacht.

„Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird; aber so viel kann ich sagen: es muss anders werden, wenn es gut werden soll.“

Georg Christoph Lichtenberg, 01.07.1742 – 24.02.1799

Historisches:

Vom 8. bis 10. Juli 1948 berieten die damaligen Ministerpräsidenten in Koblenz über die „Frankfurter Dokumente“ der Alliierten. Diese Dokumente beinhalteten die Empfehlung der Gründung eines westdeutschen Staates. Die Ministerpräsidenten aber weigerten sich, dem Volk Westdeutschlands das Grundgesetz vorzulegen, damit es zu einer Verfassung würde. In ihrem Schreiben an die Militärgouverneure v. 10.07.1948 steht:

„Ein Volksentscheid würde dem Grundgesetz ein Gewicht verleihen, das nur einer endgültigen Verfassung zukommen sollte. Eine Verfassung kann erst dann geschaffen werden,

wenn das gesamte deutsche Volk in freier Selbstbestimmung darüber entscheiden kann.“

Diese Überlegungen der damaligen Ministerpräsidenten haben bis heute immer noch uneingeschränkt Gültigkeit! Die Ministerpräsidenten hatten also schwere Bedenken gegen eine Teilung Deutschlands und trugen diese vor. Denn es sollte vermieden werden, dass eine irreversible Ausgrenzung der Ostzone durch eine endgültig erscheinende Staatsgründung in Westdeutschland stattfindet. Daher wurde keine verfassungsgebende Versammlung, sondern nur ein parlamentarischer Rat zur Ausarbeitung eines Grundgesetzes installiert. An diesem Umstand hat sich bis heute nichts geändert!

Nach dem Fall der Mauer 1989 kam 1990 die Geburtsstunde der „2 plus 4“ Verhandlungen. Verhandelt haben dabei die Drei Siegermächte und die Besatzungsmacht Frankreich (die Vier) und als Gäste und Weisungsempfänger waren Vertreter von BRD und DDR (die zwei) geladen. Daraus erwuchs der „2 plus 4“-Vertrag (vollständiger amtlicher Titel: Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland).

Eine wesentliche Verhandlungsbedingung seitens der Westalliierten war, dass diese Verhandlungen nach dem Motto des Deutschlandvertrages von 1952 (vollständiger amtlicher Titel: Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten) durchzuführen seien: nach außen scheinbar etwas Neues schaffen, nach innen alles beim Alten lassen.

Zum Abschluss der „2 plus 4 Verhandlungen am 17.07.1990 auf der Pariser Konferenz wurden Hans-Dietrich Genscher (damals Außenminister der BRD) und Markus Meckel (Außenminister der DDR) hinzugezogen. James Baker, US-Außenminister, wies an, dass Art. 23 Grundgesetz und die Präambel zum Grundgesetz hierzu mit Wirkung bereits zum 18.07.1990 (0:00 Uhr) erloschen seien.

Parallel erlischt die Verfassung der DDR durch Weisung von Schewardnadse, damaliger Außenminister der UdSSR, ebenfalls am 18.07.1990. Der Bundestag und die Kammer der DDR haben darüber nie abgestimmt; das Resultat wurde dann einfach im so genannten Einigungsvertrag schriftlich festgehalten (siehe Artikel 4 (2)). Allerdings kann ohne Angabe eines räumlichen Geltungsbereiches das Grundgesetz daher auch nicht gelten (s. BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147, BVerfG 1 C 74/61 vom 28.11.1963)!

Die Aufhebung des Grundgesetzes und der Verfassung der DDR waren die zwingenden Voraussetzungen des so genannten „vereinigten“ Deutschlands. Damit Gorbatschow sein Gesicht wahren konnte, mussten zunächst beide Besatzungskonstrukte aufgelöst werden. Die Sowjetunion war aufgrund der staatlichen Umgliederung nicht mehr in der Lage, ihre Funktion als Besatzer zu erfüllen. Es kam also nicht zu einer Endlösung (sprich freies, souveränes Deutschland), sondern nur zu einer Umstrukturierung der Besatzungssituation. Die „BRD“ und „DDR“ wurden im „2 plus 4“-Vertrag angewiesen, über einen Vereinigungsvertrag das vereinigte Deutschland zu bilden.

Berlin war und ist bis heute nicht Bestandteil des vereinten Verwaltungs-Konstrukts Deutschland und Ostdeutschland (Ostpreußen, Pommern und Schlesien) war erst gar nicht inbegriffen. Nicht einmal die Reichshauptstadt sollte dazugehören. Berlin war noch nie Hauptstadt der BRD und wird es auch nicht sein. Genauso das schreiben bereits die drei Siegermächte am 08.06.1990 (Bekanntmachung des Schreibens der drei Mächte vom 8. Juni 1990 zur Aufhebung ihrer Vorbehalte insbesondere in dem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 in Bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und ihr volles Stimmrecht im Bundestag und im Bundesrat aus BGBl. Nr. 27 vom 20.06.1990, Seite 1068):

„Die Haltung der Alliierten, „dass die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, dass diese Sektoren wie bisher kein Bestandteile (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden, bleibt unverändert“.

Daher kann man nicht von einem „Vereinten Deutschland“ sprechen. Wichtiges Detail war aber auch, dass wir Deutsche uns um eine neue Verfassung zu bemühen hätten. Entgegen diesem Auftrag hat Bundeskanzler Kohl, unterstützt durch Außenminister Genscher, im September 1990 angewiesen, dass eine Verfassungsdebatte - vermutlich auf Druck der Drei Westmächte - nicht erwünscht sei. Das alles war ein kalter Verwaltungstreich, ohne dass jemand im damaligen freudigen Vereinigungstaumel wirklich etwas bemerkt hätte. Was keine Einheit war, kann sich auch nicht „wiedervereinigen“, sondern nur „vereinigen“. Es war also lediglich eine „Vereinigung“ der beiden Besatzungskonstrukte „BRD“ und „DDR“, dies aber ohne eine staatsrechtlich gültige Rechtsgrundlage! Es gab auch keinen völkerrechtlich rechsgültigen Beitritt der Länder der „DDR“ zur „BRD“ gemäß Art. 23. a.F. GG, wie seitens der „BRD“ wahrheitswidrig immer behauptet wurde, denn Artikel 23 Grundgesetz war ja **21.5** Monate zuvor seitens der alliierten Besatzermacht USA aufgehoben worden!

Berlin ist also nicht die Hauptstadt der „Bundesrepublik Deutschland“, wie es im Grundgesetz Art. 22 steht, sondern: Berlin ist die Hauptstadt von Deutschland. Das konnte man 1990 im Bundesgesetzblatt nachlesen. Und so steht es im Art. 2 des Einigungsvertrages von 1990. Denn nach internationaler Rechtsauffassung gilt ein Land solange als besetzt, wie seine Hauptstadt besetzt oder eben nicht vollständig souverän ist. Die „Bundesrepublik Deutschland“ hat nach dieser Auffassung

nämlich keine Hauptstadt, da Berlin auch weiterhin durch den fort geltenden Vorbehalt der Militärgouverneure belastet ist und Berlin auch heute immer noch nicht durch die BRD regiert werden darf. Somit ist bis heute die Hauptstadt der BRD - Verwaltung immer noch Bonn. Das Berliner Regierungsviertel samt Reichstag und Bundeskanzleramt sind nur eine Filiale dieser BRD-Verwaltung zu repräsentativen Zwecken und um den Schein zu wahren. Den Vollzug von wesentlichen Teilen des Besatzungsrechtes haben die Alliierten sogar bis zum Inkrafttreten des „2 plus 4“-Vertrages (15.03.1991) vorübergehend zeitlich ausgesetzt! Die Alliierten setzten ihre Rechte allerdings sofort wieder in Kraft, weil seitens der verantwortlichen Personen Kohl und Genscher - vermutlich auf Druck der Westalliierten - keine abschließende Lösung gewünscht war. In dem neuen Überleitungsvertrag v. 27.09.1990, also wenige Tage vor der vermeintlichen Wiedervereinigung, wurde altes Besatzungsrecht wieder festgeschrieben: Überleitungsvertrag v. 27.09.1990 (BGBl. 1990 II Nr. 42 S.1386 ff: 3. Folgende Bestimmungen des Überleitungsvertrages bleiben jedoch in Kraft: Erster Teil: Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 bis » . . . Rechtsvorschriften aufzuheben oder zu ändern« sowie Absätze 3, 4 und 5; Artikel 2 Absatz 1, Artikel 3 Absätze 2 und 3, Artikel 5 Absätze 1 und 3, Artikel 7 Absatz 1, Artikel, Dritter Teil: Artikel 3 Absatz 5 Buchstabe a des Anhangs, Artikel 6 Absatz 3 des Anhangs.

Die Chance souverän zu werden, wurde also sinnlos und vermutlich sogar grob fahrlässig verschenkt. Der letzte Akt der DDR-Volkskammer war es zu beschließen, die künftigen fünf Länder der DDR zum 14.10.1990 zu bilden. Am 03.10.1990 sind aufgrund dieses völkerrechtlich nichtigen Einigungsvertrages, die noch nicht gegründeten Länder der ehemaligen DDR, der nicht mehr existierenden „BRD“ beigetreten. Dieser Beitritt der neuen Bundesländer nach Art. 23 (alter Fassung) war gar nicht mehr möglich. Keiner hat diesen Schwindel

bemerkt! – Die zur Unselbständigkeit „erzogene“ Mehrheit unseres Volkes konnte dies bis heute nicht erkennen. Als oberste Instanz für die so genannte und nach wie vor unfreie „Bundesrepublik Deutschland“ bestehen noch immer die Militärgesetze (SHAEF-Gesetzgebung) von 1944 ff. Bestätigt wurde dies durch die zwischen der OMF - „BRD“ und den westlichen Besatzungsmächten am 28.07.1990 geschlossene Vereinbarung (BGBl. 1990 II Nr. 42 S.1386 ff., „Artikel 3:

Folgende Bestimmungen des Überleitungsvertrages bleiben jedoch in Kraft...) und durch Art. 79 Abs.1, Satz 2 „GG“. Die OMF - „BRD“ (Organisationsform einer Modalität der Feindmächte des Deutschen Reiches“) ist also weiterhin lediglich ein von den Drei westlichen Siegermächten und einer Besatzungsmacht (Frankreich) geschaffenes und von diesen abhängiges Selbstverwaltungs-konstrukt, ein Pseudostaat, in Wirklichkeit nur bis zuletzt ein Verwaltungsgebiet der Alliierten!

Art. 144 Grundgesetz verweist heute immer noch auf die Länder im Artikel 23 GG. Wenn dort im Art. 144 GG keine Länder aufgeführt sind, ist Art. 144 überhaupt nicht mehr anwendbar, weil das Grundgesetz mit Wirkung v. 18.07.1990 (0.00 Uhr) ungültig und nichtig geworden ist. Dieser Umstand wirft kein gutes Licht auf das Grundgesetz und dessen Schöpfer. Und nicht nur das haben Schäuble & Co. sowie die Alliierten übersehen.

Es ist doch nichts so fein gesponnen, als dass es nicht kommt ans Licht der Sonnen!

Das Grundgesetz ist keine Verfassung. Westdeutschland hat im Gegensatz zur DDR noch nie eine Verfassung gehabt. Auch wurde das Grundgesetz zu keinem Zeitpunkt vom Volk in freier, souveräner Wahl angenommen. Wir, das Deutsche Volk, haben bis heute nicht an einer solchen Wahl teilgenommen. Und der Artikel 146 Grundgesetz ist auch nicht aufgehoben bzw. ist dies bis heute nicht amtlich bekannt gegeben worden.

In Frankfurt am Main wurde am 12.05.1949 das Grundgesetz in einem Schreiben an Adenauer von den Alliierten genehmigt. Verbindliche Auflage der Besatzer war: Damit das Grundgesetz zu einer Verfassung würde, müsste es vom Volk genehmigt werden. Das "Grundgesetz" ist nach Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung aus dem Jahre 1907 ein Provisorium zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in einem militärisch besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit. Es heißt auch: Grundgesetz **FÜR** die „Bundesrepublik Deutschland“, so bereits in 1949 und auch wiederum so in 1990. Das Grundgesetz ist nur eine Verwaltungsordnung mit Gesetzeskraft der alliierten Mächte für ein bestimmtes Wirtschaftsgebiet – die „BRD“. Es besaß Gültigkeit nur von 1949 bis 1990. Die BRD ist jedoch nicht Deutschland. In den SHAEF - Gesetzen Nr. 52 (vgl. Punkt 21) wird das Deutsche Reich begrifflich als Deutschland bezeichnet, wahrscheinlich um peinlichst das Wort „Deutsches Reich“ zu vermeiden.

Und Berlin – ist bis heute immer noch kein Bundesland der „BRD“ geworden. Der „2 plus 4“-Vertrag (vollständiger amtlicher Titel: Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland) trägt eine Unterüberschrift: Diese Vorschrift gilt nicht in Berlin (West) gem. § 3 Nr. 2 G v. 25.9.1990 I 2106 und nicht in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet gem. Artikel 11 und Anl. I Kap. I Nr. 2 EinigVtr v. 31.8.1990 i.V.m Art. 1 G v. 23.9.1990 II 885, 908. Haben Länderverfassungen überhaupt Bezugspunkte zum Grundgesetz der „BRD“ oder dessen Bevölkerung? Dies ist uns jedenfalls nicht bekannt. Das Grundgesetz ist seit 18.07.1990 nichtig! Mit Streichung des Art. 23 (alte Fassung) am 17.07.1990 mit der Geltung ab 18.07.1990 0:00 Uhr wurde das Grundgesetz nichtig. Seitdem gibt es keine gelebte gültige Deutsche Verfassung bzw. Deutsche Ordnung mehr. Das Grundgesetz enthält die Menschenrechte als übergeordnetes

Recht (Grundrechte und Art. 25 GG), die jedoch von den Verwaltungs- und insbesondere von den Justizbehörden nicht mehr oder immer weniger angewandt und respektiert werden. Es herrscht blanke Justizwillkür. Daher spricht man mittlerweile von der „BRD“ als „Bund rechtloser Deutscher“! Das uns umgebende Ausland und die Verwaltungsorgane der EU sowie die Vereinten Nationen (UNO) wissen sehr gut und sehr wohl über diese Umstände in und über die „BRD“ Bescheid. So lernt man beispielsweise in der Schweiz schon als Kind, dass Deutschland und die „BRD“ noch immer besetztes Land sind. Aber man hat sich mit der „BRD“ arrangiert, um international keine Schwierigkeiten zu bekommen. Damit tritt man Völkerrecht und Menschenrecht vorsätzlich mit Füßen – in der Schweiz sowie international! Die ganze Welt schüttelt den Kopf wegen Deutschland bzw. weil man den Deutschen neidet und ihnen nicht die Souveränität gönnt, die uns zusteht und die uns niemand zeitlich unbegrenzt nehmen kann. Wenn überhaupt eine Verfassung gilt, dann kann es nicht die „Weimarer Verfassung“ von 1919 sein, da uns diese bereits durch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges in Paris aufoktroziert wurde. Daher spricht man seit 90 Jahren von einem „diktierten Frieden“. Es darf bereits auch in Zweifel gestellt werden, ob zum Waffenstillstandsvertrag von Compiègne 1918 nachfolgende Herren überhaupt zur Unterschrift berechtigt waren: Staatssekretär Matthias Erzberger, Reichsregierung; Graf Alfred von Oberndorff, Auswärtiges Amt; General Detlef von Winterfeldt, Deutsches Reichsheer; Kapitän zur See Ernst Vanselow, Kaiserliche Marine. So bleibt dann noch die „Verfassung des Deutschen Reichs“ v. 16.04.1871 als gültige, wenngleich auch nicht gelebte Verfassung. Nicht umsonst hat sich seiner Zeit Reichspräsident Hindenburg ausdrücklich, in seiner Rechtsstellung unwidersprochen und von allen als selbstverständlich akzeptiert, auf die Reichsverfassungen 1871

berufen. Somit heißt der Nationalstaat des Deutschen Volkes seit dem 18. Januar 1871 unverändert Deutsches Reich!

Mit dem neuen Art. 23 GG wird **kein** neuer Geltungsbereich beschrieben, sondern Deutschland hat sich verpflichtet, sich in Europa zu engagieren oder darin aufzugehen, um die „BRD“ letztlich Stück für Stück aufzulösen, um uns unsere Identität und Selbstbestimmung zu nehmen. Das gilt jedoch alles nicht für das Deutsche Reich! Dieses schaut quasi als unbeteiligter Beobachter gelassen zu und wartet der Dinge, die da kommen. Alles hat seine Zeit und die des Deutschen Volkes wird jetzt kommen, weil die Menschen weltweit aufwachen. Ohne Angabe eines räumlichen Geltungsbereiches kann das Grundgesetz nicht gelten! (s. BVerwGE 17, 192 = DVBl 1964, 147, BVerfG 1 C 74/61 vom 28.11.1963). Warum werden wir – das Deutsche Volk – zum EU-Vertrag gar nicht erst gefragt, wie es in anderen Ländern der Fall ist, wenn im EU-Vertrag von Lissabon sogar die Todesstrafe wieder erlaubt wird? Dies steht nicht im Einklang mit traditioneller deutscher Ethik eines aufgeklärten Deutschen Volkes!

Glaubt man den Beschlüssen des Bundesgerichtshofes (BGH), wonach Gesetze und Verordnungen, die gegen die Verfassung verstoßen, nichtig seien, so sind alle politischen Maßnahmen seit der Vereinigung von West- und Mitteldeutschland in 1990 nur auf dem Wege eines „kalten Verwaltungsstreiches“ zustande gekommen und somit von vornherein nichtig. Hierbei ist zu bemerken, dass die „BRD alt“ (1949-1990) wie die „BRD neu“ (ab 1990) keine Verfassung haben. Die „BRD alt“ wie die „BRD neu“ haben in Fortschreibung des provisorischen Zustandes des Politverwaltungsobjektes „BRD“ nur ein Grundgesetz, wobei letzteres - bereits vor der Vereinigung - ab 18.07.1990 in die Ungültigkeit verabschiedet wurde. Gemäß der Haager Landkriegsordnung sind die Besatzungsmächte verpflichtet, die Grundordnung eines besetzten Gebietes zu gewährleisten.

Dieses allerdings machen sie heute nicht mehr. Lassen wir uns das auf der Zunge zergehen. Genau diese Siegermächte haben sich seit dem Waffenstillstand in der UNO Vetorechte im Sicherheitsrat geschaffen und sind somit „gleicher“ oder besser gestellt als alle anderen Völker dieser Erde und blockieren damit eine neue, für alle Völker souveräne, gerechte und natürliche Weltordnung.

Es muss festgestellt werden, dass das Bundesverfassungsgericht allenfalls ein Bundesgrundgesetzgericht sein kann, da das „vereinigte deutsche Wirtschaftsgebiet“ in der Struktur- und Namensgebung BRD eben keine Verfassung hat.

Das Provisorium der Grundordnung zur Aufrechterhaltung von militärisch besetzten Gebieten aus der Haager Landkriegsordnung von 1907 besagt, dass Besatzungsmächte in den besetzten Gebieten die Verpflichtung auferlegt bekommen haben - als anerkanntes internationales Recht feststehend - für eine Grundordnung zu sorgen. Das allerdings ist das Grundgesetz – und daher keine Verfassung! Somit leisten wir uns seit etwa 60 Jahren ein Bundesverfassungsgericht, das angeblich über eine Verfassung wacht und sie interpretiert. Es hat den Anschein, dass die Richter in Karlsruhe funktional ihre Sätze bilden: Mal sprechen sie vom Grundgesetz in der Funktion eines Bundesgrundgesetzgerichtes und wenn es um die Verfassung geht, schlüpfen sie in die Rolle eines Bundesverfassungsgerichtes. Kaum einer merkt diesen feinen Unterschied. Hans-Jürgen Papier war bis vor kurzem Präsident des Bundesverfassungsgerichts und musste in einer öffentlichen Anhörung an seinem Gericht (sinngemäß) zugeben, „Dass man am Gericht sich dieser Unterschiede bewusst sei. Wenn man dies seitens des Gerichts explizit darlegen würde, hätte man aber etwas gegen sie (die Richter) in der Hand“.

Kuriositäten:

Das Wort „Polizei©“ ist als Wortmarke von der Bayerischen Landesregierung geschützt. Warum muss ein angeblich ordentlicher Staat das Wort „Polizei“ lizenzieren lassen? Und die Bayerische Landesregierung verkauft diese Lizenz an die anderen Bundesländer weiter. Die privat organisierte, kommunale Verkehrsüberwachung ist gemäß bayerischen Gesetzen, so sie denn Bestandskraft haben, illegal. Daher fordert Hermann Benker, bayerischer Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), die bayerischen Städte und Gemeinden auf, dem Beispiel von Stockheim (Landkreis Kronach) zu folgen und die kommunale Verkehrsüberwachung durch Privatfirmen unverzüglich einzustellen. Damit gibt er zu bedenken, dass die bayerische Landesregierung diesbezüglich illegal herumtrickst. Die Ratifizierungsurkunde zum Bayerischen Staat und dessen Verfassung gibt es bis heute nicht. Warum haben der Bundestag und sehr viele andere Behörden eine Steueridentifikationsnummer? Im Impressum und der Datenschutzerklärung des Bayerischen Staatsministerium des Innern, Odeonsplatz 3, 80539 München, Vertretungsberechtigter: Ministerialdirektor Günter Schuster ist die Ust-Identifikationsnummer DE 811335517 (gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz) einsehbar. Das Bayerische Ministerium ist also eine Firma. Warum wird beim Jobcenter (Agentur für Arbeit) oder auf dem Rathaus mittlerweile vom Kunden gesprochen? Ist das alles nur Wortklauberei oder steckt doch viel mehr dahinter und kaum jemand nimmt dies wiederum wahr?



Und warum heißt unser Personalausweis „PERSONALAUSWEIS“? Warum steht im Personalausweis unter Staatsangehörigkeit „deutsch“ und nicht „Bundesrepublik Deutschland“, wie es in anderen Ländern der Fall ist und vor allem, wo befindet sich der Staat „deutsch“ auf unserem Planeten? Warum heißt es überhaupt Personal – und nicht Personalausweis, wie es in anderen Ländern der Fall ist? Sind wir etwa Personal und wenn ja, von wem? Der Personalausweis ist kein Personalausweis, sondern kennzeichnet uns als Personal der „BRD“. Als Staatsangehörigkeit ist deutsch und nicht Deutschland angegeben, denn die „BRD“ selber darf keine Staatsangehörigkeit für den Staat „Deutsches Reich“ ausstellen. Dies kennzeichnet nochmals deutlich den Besitzerstatus der „BRD“. Uns jedenfalls ist keine Behörde in der „BRD“ bekannt, die einen Personalausweis mit der Staatsangehörigkeit Deutsches Reich oder Deutschland ausstellt oder ausstellen darf. Das Bayerische Innenministerium empfiehlt auf seiner Homepage „Die deutsche Staatsangehörigkeit kann durch eine Staatsangehörigkeitsurkunde (Staatsangehörigkeitsausweis) nachgewiesen werden. Sie wird auf Antrag von der Staatsangehörigkeitsbehörde ausgestellt. Der Bundespersonalausweis oder der deutsche Reisepass sind kein Nachweis über den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit. Sie begründen lediglich die Vermutung, dass der Ausweisinhaber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“ Gibt es überhaupt eine Staatsangehörigkeitsbehörde? Und wenn ja, darf diese dann gegen Entgelt (€ 25) eine Bescheinigung hierzu ausstellen und rechtskräftig und rechtswirksam beurkunden?

Der rote Reisepass hat 2 Staatswappen. Außen den 6-fiedrigen Reichsadler (= großes Reichsiegel des Deutschen

Reiches) und innen einen 7-fiedrigen Adler? Eine wundersame Vermehrung der Federn! Kein souveränes Land der Welt hat unterschiedliche Staatswappen in Gebrauch. Die Bundesdruckerei begründet dies im November 2006 so: „Aus technischen Gründen ist dies nicht anders machbar. Für die Gestaltung des Reisepasses ist das Bundesministerium des Inneren zuständig.“ Es gibt Geschäftsordnungen des Bundestages und der Regierung; d.h. die „BRD“ ist quasi nach Handelsrecht geführt.

Seit dem Waffenstillstand im Mai 1945 haben wir bis heute keinen gültigen Friedensvertrag – mit niemand. Deutschland wird heute noch bei den UN offiziell als Feindstaat deklariert. Verschiedenste Artikel des Grundgesetzes enthalten immer noch Besatzungsrechte, u.a. Art. 79 GG: „...die Vorbereitung einer Friedensregelung oder den Abbau einer besatzungsrechtlichen Ordnung zum Gegenstand haben...“

Art. 120 GG enthält heute immer noch Besatzungsrecht: „Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten...“

Art. 125 GG enthält heute immer noch Besatzungsrecht: „1. soweit es innerhalb einer oder mehrerer Besatzungszonen einheitlich gilt, ...“.

Art. 127 GG enthält heute immer noch Besatzungsrecht: „...vereinigtes Wirtschaftsgebiet“. Und: Gibt es die Länder Baden, Groß-Berlin, und Württemberg-Hohenzollern? Was wurde hier denn verschlafen? Oder gibt es diese Länder völkerrechtlich doch noch?

Art. 130 GG enthält heute immer noch Besatzungsrecht: „...sowie die Betriebsvereinigung der südwestdeutschen Eisenbahnen und der Verwaltungsrat für das Post- und Fernmeldewesen für das französische Besatzungsgebiet...“.

Art. 133 GG enthält heute immer noch Besatzungsrecht: „Der Bund tritt in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ein.“

Art. 135a GG enthält heute immer noch Besatzungsrecht: „...zur Durchführung von Anordnungen der Besatzungsmächte...“

Art. 139 GG enthält heute immer noch Besatzungsrecht und bezieht sich auf die SMAD-Befehle und die SHAEF-Gesetzgebung der Sieger- Mächte und lautet vollständig: Die zur “Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus” erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.

Art. 146 GG impliziert heute immer noch Besatzungsrecht: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Dann gibt es noch die Bundesbereinigungsgesetze. Was hat sich Brigitte Zypries, damalige Justizministerin dabei gedacht? Was hat sich Horst Köhler, Brigitte Zypries und Frau Dr. Angela Merkel, dabei gedacht als sie das 2. Bundesbereinigungsgesetz unterschrieben haben? Was haben sich unsere Abgeordneten dabei gedacht? Es hat eher den Anschein, dass diese Menschen durch Anordnung der Alliierten dazu gedrängt worden sind und somit eine „mündliche“ Order der Alliierten dahinter steht. Denn selbst die Alliierten waren nach internationalen Urteilen des Europäischen Gerichtshofs gezwungen, durch Veränderungen in Bezug auf „Deutschland“ ihre suspendierten Vorbehalte zweifelsfrei wieder zu beleben.

Da gibt es das „1.Bereinigungsgesetz“ v. 19.04.2006 im Zuständigkeitsbereich des Bundesministers der Justiz (Brigitte Zypries), in Kraft getreten mit Verkündigung im Bundesgesetzblatt (BGBl. Teil I Nr. 18, S. 866 ff. 24.4.2006). In diesem 1.Bereinigungsgesetz wird verfügt, dass die Artikel 1 der **Einführungsgesetze** zum Gerichtsverfassungsgesetz

(GVG), zur Zivilprozessordnung (ZPO) u. Strafprozessordnung (StPO) ersatzlos gestrichen werden. Die Inhalte der jeweiligen §§ 1 dieser Einführungsgesetze waren der Geltungsbereich und die Inkrafttretungsklausel. Hebt man eines oder beides in einer Rechtsverordnung oder Rechtsnorm auf, so erlischt das jeweilige Gesetz und wird nichtig. Hier werden die wesentlichen Handwerkszeuge und Bestandteile unserer bisherigen Rechtsordnung, das GVG, die ZPO und die StPO ersatzlos außer Dienst gestellt! Eine „ Ordnung“ ist kein Gesetz. Eine Zivilprozess-, Strafprozess- oder Hausordnung ist ein Regelkomplex, der nur in Verbindung mit einem Gesetz rechtsverbindlich wird. Beispiel: die Hausordnung ist an den Mietvertrag gekoppelt. Ohne einen Mietvertrag kann keine Hausordnung wirksam sein. Das Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung lässt die Zivilprozessordnung wirksam werden. Wird nun der Vertrag oder das Gesetz unwirksam oder besitzt ein Gesetz keinen Geltungsbereich, hat dies eine direkte Auswirkung auf die daran gebundene „Ordnung“. Die „Ordnung“ verliert ihre Rechtsverbindlichkeit und ist mit sofortiger Wirkung nichtig. Ansonsten müsste es z.B. lauten: Zivilprozessordnungsgesetz, so heißt es aber nicht. Diesen „Ordnungen“ ermangelt es der rechtserforderlichen Angabe des räumlichen Geltungsbereichs und sie verstoßen damit gegen das grundgesetzliche Gebot der Rechtssicherheit (Art. 20 GG), das Bestimmtheitsgebot (Art. 80 I 2 GG) sowie teilweise auch gegen das Zitiergebot gemäß Art. 19 I GG. Sie sind damit „unvollständige Gesetze“. Gemäß und infolge deutscher Rechtstradition und Rechtsprechung sind diese Gesetze **unheilbar** außer Kraft. Mit dem „2.Bereinigungsgesetz v. 23.11.2007“ (BGBl. Teil I Nr. 59, S. 2614 ff. 29.11.2007) (im Zuständigkeitsbereich des Bundesministers der Justiz, Brigitte Zypries) werden über 200 Gesetze und Verordnungen ersatzlos aufgehoben. Die Alliierten haben angeblich bewirkt, dass dieses 2. Bereinigungsgesetz ohne Zustimmung des Bundesrates in

Kraft getreten ist. Laut Bundesjustizministerium war dieses Gesetz angeblich nicht zustimmungsbedürftig; es wurde daher ohne Zustimmung vom Bundesrat in Kraft gesetzt. U.a. wurde hierbei das OWiG (über Artikel 57 des 2.Bereinigungsgesetzes – Aufhebung des Einführungsgesetzes zum Ordnungswidrigkeitengesetz [EGOWiG]) nichtig.

Beide Bundesbereinigungsgesetzespakete enthalten am laufenden Band nahezu unzählige andere Kuriositäten, die hier gar nicht alle aufgeführt werden können. Jeder kann sich davon selbst überzeugen! (siehe 2. Bereinigungsgesetz, zu finden im Internet). Die Konsequenz: Durch die Bereinigungsgesetze ist ein totales juristisches Vakuum dadurch entstanden, dass bereits 1990 Art. 23 GG und inkl. Präambel gelöscht sowie die Verfassung der DDR aufgehoben wurden und nun mit den Gesetzesänderungen in den Paketen der Bundesbereinigungsgesetze, insbesondere aus 2006 und 2007 uns der judikative Ast nahezu völlig weg gebrochen ist. Diese Gesetzesänderungen (Bundesbereinigungsgesetze) wurden quasi vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg erzwungen. Denn dieser Internationale Gerichtshof hat festgestellt, dass die „BRD“ nicht nach rechtsstaatlichen Prinzipien arbeitet (Az. EGMR 75529/01 vom 8.6.2006)! Dadurch haben sich die Alliierten zunächst einmal pro Forma gerettet und uns somit ins Abseits gestellt. Damit allerdings hat man uns Menschen in Deutschland die letzten verbindlichen zivilrechtlichen Regelungen weggenommen. Dennoch sind wir heute in der Lage, unser Recht einzufordern, da wir in voller Kenntnis dieser nichtigen Umstände sind. Eine souverän legitimierte Rechtsordnung gibt es derzeit auf dem Territorium des Deutschen Reiches nicht. Im Konstrukt „BRD“ herrscht Hierarchie und Bandenwesen, denn nimmt man lt. Augustinus (ca. 400 n. Chr.) das Recht weg, was ist dann der Staat noch anderes als eine große Räuberbande?

Außerdem sind die Aufhebungsgesetze von 4 Besatzungsrechtspaketen aus 1956 bis 1960 (u.a. über das 2. Bereinigungsgesetz mit Artikel 4 §2) aufgehoben worden. Was bedeutet es, wenn mittels doppelter Negation Aufhebungen aufgehoben werden? Sie treten damit unmittelbar wieder voll in Kraft! Dieses Besatzungsrecht war zuvor suspendiert und ist nun wieder in Kraft getreten! In Artikel 4 § 1 des 2. Bereinigungsgesetzes ist u.a. auch geregelt, dass nur Ausgleichs- und Schiedsgerichte in Arbeitsstreitigkeiten ohne besondere Zulassung nach Kontrollratsgesetz der Alliierten Hohen Kommission (AHK) gültig sind. Demnach sind alle anderen Gerichte als Staatsgerichte unzulässig. Bis auf die Arbeitsgerichte sind deutsche Gerichte private Unternehmen unter einem vorgeblich amtlichen, rechtsstaatlichen Deckmantel. Somit hat sich scheinbar für den Bürger nach außen hin nichts geändert. Wie sollte er das, was hier hinter den Gerichtsmauern verändert wurde, mitbekommen? Nach außen musste alles so erhalten bleiben wie bisher. Der Bürger wurde einfach nicht informiert. Wir wurden an der Nase herumgeführt. Ähnliches haben wir schon mit der Vereinigung Deutschlands vor 20 Jahren durchlebt. Die Juristen (Richter, Staatsanwalt, Rechtsanwalt, Notar) wissen im Allgemeinen darüber Bescheid. **WARUM ABER WIRD KEIN JURISTISCHER BESCHEID, BESCHLUSS, URTEIL** von den Urhebern (den verantwortlichen Juristen) mehr unterschrieben? Die so genannte Angestellte als Urkundsbeamtin unterschreibt und wir fallen **ALLE** darauf herein! Warum wohl? Die Staatshaftung fehlt! Die "behördlichen" sowie die privaten Juristen sind für ihr Handeln eigenverantwortlich; sie sind jeweils privat- und völkerrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen und haften mit ihrem gesamten Privatvermögen bis in die dritte Generation. Versuchen Sie einmal, einen Bescheid, Beschluss oder ein Urteil in Kopie vom Gericht zu erhalten. Angeblich liegt z.B. das „Originalurteil“ in

der Akte. Das Gesetz kennt jedoch den Begriff „Original“ nicht! Wir als Betroffene haben Anspruch, ein handschriftlich unterschriebenes Dokument vom Verantwortlichen (z.B. gesetzlichen Richter) zu erhalten. Und auch nur so kann es rechtskräftig werden, wenn alle anderen Voraussetzungen ebenfalls erfüllt sind (vgl. §§ 125/126 BGB). Da aber alle anderen Voraussetzungen ebenfalls nicht erfüllt sind und es sich um private Unternehmen handelt, dürfen wir dies von Beginn an bis zum Schluss immer und immer wieder sofort zurückweisen, solange bis der letzte dies im illegalen Justizgebäude verstanden hat. Manchmal wird sogar von einer Justizangestellten, die dann zur Urkundenbeamtin mutiert, ein nicht unterschriebener Beschluss oder Urteil beglaubigt. Sie beglaubigt sogar noch, dass der Richter nicht unterschrieben hat. Eine Justizangestellte kann nicht gleichzeitig Beamtin sein. Das ist Täuschung im Rechtsverkehr und eine strafbare Handlung. Nur die „einfachen“ Angestellten wissen das nicht und laufen ins offene Messer. Der, der unterschreibt haftet mit seinem privaten Vermögen.

Das Parlament bzw. der Bundestag der „Bundesrepublik Deutschland“ kann selbst nicht beschließen und hat nicht beschlossen, dass das Besatzungsrecht vor 1949 wieder Geltung hat, sondern die alliierten Besatzungsmächte haben es wieder in Kraft gesetzt. Oder haben unsere Volksvertreter ein Interesse daran gehabt, dass wir besetztes Land sind und bleiben? Damit wird deutlich, dass oberster Gesetzgeber der „Bundesrepublik Deutschland“ also die Besatzungsmächte sind. Die Regierung der „BRD“ handelt allenfalls nur in dem von den Siegermächten erlaubten Rahmen. Das heißt, die BRD ist keine verfassungsmäßige Körperschaft. Sie ist bis heute nur ein Konstrukt der Alliierten. Bildlich gesprochen: Mal sind's die Schwarzen, die Roten, die Gelben, die Grünen Parteien, die den Zaun in Stand halten. Der Zaun, der alles umzäunt, ist und bleibt jedoch immer derselbe.

Dies steht letztlich auch so sinngemäß im Art. 146 GG: (Geltungsdauer des Grundgesetzes / Einigungsauftrag): **„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“** Deshalb handeln die „Beamten“ und Bediensteten von Körperschaften des öffentlichen Rechts der „BRD“ nicht als Vertreter einer verfassungsgemäßen Körperschaft im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), sondern als Verwaltungspersonal eines Verwaltungskonstrukts der Alliierten Namens „BRD“. Jede Körperschaft des öffentlichen Rechtes der „BRD“ handelt nur in dem von den Besatzungsmächten gesetzten Rahmen und damit weder souverän noch unabhängig. Die Verwalter („Beamte“) müssen möglicherweise Handlungen vollziehen, die von den Bewohnern (Zwangsmitgliedern) der jeweiligen Körperschaften nicht gewollt sind. Bis auf die Arbeitsgerichte sind deutsche Gerichte also private Unternehmungen unter einem vorgeblich amtlichen Deckmantel. Denn es gelten in Deutschland nur noch Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten (AHK Kontrollratsgesetz 35). Das sind offenkundige Tatsachen (vgl. auch analog § 291 ZPO). Durch die Veröffentlichungen im Bundesgesetzblatt ist dies auch überall Gerichts bekannt dokumentiert. Selbst wenn die staatsrechtlichen Grundlagen und Voraussetzungen für die Justiz und deren Legitimation gegeben wären, gilt, dass Urteile, Beschlüsse etc. handschriftlich von Richtern und Justizangehörigen zu unterschreiben sind: Unterschrift ist Pflicht und verpflichtet daher (§§ 315/317 ZPO bzw. § 275 StPO), wenn diese denn rechtsgültig, rechtskräftig und rechtswirksam wären. Aber auch das höherwertige BGB in der deutschen Rechtspyramide schreibt dies so vor: §§125/126 BGB. Gerichtsverfahren ohne gesetzlichen Richter sind allerdings nicht mit Artikel 14 (1) UN

Zivilpakt oder mit Artikel 6 EMRK oder Artikel 10 der UN Res. 217 (III) sowie Artikel 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar: Denn Gerichte ohne gesetzliche Richter sind Ausnahmegerichte und diese sind unzulässig, also somit verboten!

Hat jemand schon einmal ein Schriftstück (z.B. Beschluss, Bescheid, Urteil etc.) erhalten, das von einem Richter handschriftlich unterschrieben wurde? Urkundsbeamte gibt es in den meisten Fällen gar nicht. Justizbedienstete, die als Urkundsbeamte handeln, sind nicht mit öffentlichem Glauben ausgestattet. Man erhält von diesen heute in den meisten Fällen von einem Justizangestellten nur noch eine paraphierte Abzeichnung, der sich als Urkundsbeamter ausgibt. Damit, dass sich der Justizangestellte „als etwas“ ausgibt, was er in Wirklichkeit nicht ist, entlarvt sich aber jeder Justizangestellte selbst: d.h. er ist kein Urkundsbeamter, sondern nur ein Angestellter. Dies aber ist Urkundenfälschung lt. StGB § 267 sowie Amtsanmaßung lt. § 132 StGB. Der Justizangestellte ist noch nicht einmal berechtigt, ein Siegel zu führen. Ein Urkundsbeamter ist immer mit öffentlichem Glauben ausgestattet. An den privaten Gerichten allerdings fehlt diesen Beamten die so genannte rechtmäßige Bestallungsurkunde.

Auch ein Gerichtsschreiber, der die Verhandlung beurkundet, muss seine Bestallungsurkunde vorlegen können. Er wird aber keine solche Urkunde haben! So werden tagtäglich Urkunden und Protokolle gefälscht. Die Urkunden und die Protokolle sind in ihrer Gesamtheit bereits in sich selbst eine Fälschung. Und Justizangestellte und Rechtspfleger werden von deren vorgesetzten Volljuristen illegal vorgeschoben, wenn es an die Unterschrift, Beglaubigung etc. geht, denn wer wagt es schon, einem Volljuristen zu widersprechen? Daher hinterfragt auch der einfache Justizangehörige nicht mehr, warum der Volljurist nicht mehr alles ordnungsgemäß unterschreibt – vor allem gegenüber den Betroffenen.

Jeder Beamte (und Angestellte, der im öffentlichen Dienst steht) unterliegt der Remonstrationspflicht (§ 36 BeamStG), d.h., er muss gegen die Ausführung einer Weisung Einwände erheben, wenn der Verdacht besteht, dass diese Weisung gesetzeswidrig ist. Der Beamte kann sich gleichzeitig durch dieses Vorgehen vor Disziplinarverfahren schützen, wenn später die Rechtswidrigkeit der Anordnung festgestellt wird. Wer von den BRD-Bediensteten kann es sich jedoch leisten, so etwas wie die Remonstrationspflicht zu beachten, wenn er seinen Posten behalten will? Allerdings bedeutet die Nichtbeachtung der Remonstrationspflicht zu allem Übermaß Korruption und korrupte Handlungen sind strafbar! § 36 BeamStG Abs. 1 lautet: ***Beamtinnen und Beamte tragen für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.*** Und damit haften sie auch persönlich und sind persönlich strafbar. Der Volljurist möchte sich gerne dieser Strafbarkeit entziehen und schiebt Justizangestellte mit der Unterschrift vor. Dieser „Beamte“ oder Angestellte, der unterschreibt haftet nun mit, denn er hat unterschrieben. – Mittlerweile geht man eher noch dazu über, dass auch diese Angestellten nicht unterschreiben, sondern allenfalls mit einer Paraphe (= nicht leserlichen Unterschrift) abzeichnen. Damit fehlt die Unterschrift völlig. Die meisten noch tätigen Beamten sind nach § 185 Bundesbeamtengesetz auf das Gebiet Deutschland – Deutsches Reich nach den Grenzen von 1937 - vereidigt worden. Mittlerweile hat man diesen Paragraphen aufgehoben und ohne die Gebietszitation (Geltungsbereich) abgemildert bzw. sogar nichtig gemacht. Die Beamten sollen Schaden vom Deutschen Volke abwenden und nicht
zufügen!
Ist man von seinen Vorgesetzten zu den Bereinigungsgesetzen und dem tatsächlichen Justizvakuum nicht aufgeklärt oder nachweislich geschult worden, so hat dieser Vorgesetzte eine grobe und ggf. vorsätzliche Dienstaufsichtspflichtverletzung

begangen. Mittlerweile sollten jedoch alle Beamte und Angestellte um diese Situation wissen, da bereits so viele Justizopfer, Leidtragende und Geschädigte sich hierzu geäußert und gewehrt haben. Niemand kann mehr behaupten, er hätte von nichts gewusst! Alle Justizangehörigen und in der Verwaltung Tätigen sind nach §§ 823 und 839 BGB i.v.m. Art. 34 GG privat voll haftbar für das, was Sie ursächlich zu verantworten haben. Zwingt man uns, bis zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu klagen, haften die Täter sogar bis in die dritte Generation für ihre Handlungen – diesmal nach dem Motto „Kinder haften für ihre Eltern“.

Das Staatshaftungsgesetz der BRD wurde 1981 erlassen und bereits 1982 (auf Druck der Alliierten?!) wieder aufgehoben. Jeder, der vorgibt öffentlich-rechtlich zu handeln, handelt nur als Privatmann und haftet damit privat. Bevor man also mit einem Richter redet, hat dieser z.B. eine Vermögensschadenshaftpflichtversicherung oder alternativ eine beglaubigte selbstschuldnerische Bürgschaft über z.B. mindestens 500.000 Euro oder mehr in Abhängigkeit des Streitwertes vorzuweisen.

Es ist unser gutes Recht, eine solche Sicherheit gegenüber Privatpersonen zu verlangen. Grundsätzlich gilt vor den Nicht-Arbeitsgerichten in der „BRD“ als Erstes, die Fragen nach der Rechtsgrundlage und der Legitimation zu stellen. Beides kann oder wollen diese Gerichte nicht wahrheitsgemäß beantworten! Sie können nur mit privater, brutaler, menschenverachtender Gewalt antworten.

Ziehen wir dann doch in solchen Fällen die alliierte Militärpolizei und die Hohen Kommissare sowie die nationale und internationale Öffentlichkeit hinzu!

Wenn gegen uns Gewalt angewendet wird, ein Haus nur mit einem ungültigen Durchsuchungsbeschluss durchsucht wird, der beispielsweise nur von einer Justizbeschäftigten

unterschieden wurde (also ohne Original - Unterschrift des anordnenden Richters), wenn wir auf der Straße angehalten werden, ohne dass sich die Beamten legitimieren und ohne dass Gefahr im Verzug ist, wenn Zwangsversteigerungen ohne rechtsgültige, rechtsstaatliche Gesetzesgrundlage illegal durchgeführt werden, Konten illegal gepfändet werden, Autos gestohlen und der Hehlerei unterworfen werden, ist dies u.a. Rechtsbeugung (§339 StGB), Umdeutung von Unrecht zu Recht (§138 ZPO), Nötigung im Amt (§ 240 StGB), Täuschung, Betrug im Rechtsverkehr (§§ 123 ff und 138 StGB) sowie vieles andere mehr und bei Bedrohung und Amtsanmaßung gelten dann § 132 StGB und § 241 StGB zusätzlich. Die unzähligen, auch strafbaren Menschenrechts - verletzungen, die international geahndet werden können, sind hier nicht aufgezählt. Jeder Beschäftigte im öffentlichen Dienst, der auch nur einen Fall von juristischer Willkür oder Rechtsbeugung zur Kenntnis nimmt und nicht zur Bewahrung der grundgesetzmäßigen Ordnung alles Notwendige unternimmt, ist auch bei bloßem Wegsehen oder billiger Duldung Mittäter (Kollaborateur) nach § 25 StGB und haftbar zu machen. Nach StGB §§ 138/139/140 ist der öffentlich Bedienstete, aber auch jeder andere Bürger u.a. in Fällen des Hochverrats, Völkermordes, Verbrechens gegen die persönliche Freiheit, Verbrechens gegen die Menschlichkeit, schweren Raubes und Erpressung bei Nichtanzeigen mit Strafe bedroht, weil er sich zum Kollaborateur gemacht hat. Hochverrat ist bekanntlich schon jede Rechtsbeugung und Strafvereitelung (§ 25 StGB). Warum ist eine Menschenrechtsverletzung in der Wirtschafts- und Verwaltungseinheit „BRD“ kein Straftatbestand? Antwort. Weil das bis heute nicht so von den alliierten Besatzern gewollt ist und nicht in deren Interesse liegt. Wo kann ein Deutscher Staatsbürger (mit BRD-Personalausweis und der Staatsangehörigkeit: „DEUTSCH“?) in der Wirtschafts- und Verwaltungseinheit „BRD“ gegen einen

so genannten „Amts-Richter“ der BRD eine wirksame Strafanzeige einleiten? Antwort: Nur in Den Haag oder vor einem alliiertem Militärgericht oder an einem noch zu schaffenden ordentlichen Gericht.

Ein Richter kann kein gesetzlicher Richter (siehe § 101 (1), GG) sein, da es in der Wirtschafts- & Verwaltungseinheit „BRD“ keine ordentlichen Staatsgerichte mehr gibt (siehe §15 GVG).

In der „BRD“ gibt es immer noch Festnahmen unter dem Vorwand „Widerstand gegen die Staatsgewalt“. Dass es diese Möglichkeit der Festnahme gar nicht mehr gibt, sondern diese Maßnahme seit Jahren allenfalls als „Widerstand gegen Vollstreckungsbehörden“ deklariert werden kann, lässt doch aufhorchen: Denn die Staatsgewalt ist selbst von jenen nicht nachweisbar, die sie täuschender Weise vorgeben. Diesen Behörden muss man sich nicht unterordnen, denn sie verwalten nur die „BRD“ als Wirtschaftskonstrukt, nicht aber uns, das Deutsche Volk, denn wir sind Staatsangehörige des Deutschen Reiches. Wir empfehlen: Immer wieder auf sprachliche Feinheiten achten, denn die deutsche Sprache ist sehr präzise und genau.

Die Regierung Kohl hat die Neufassung des Überleitungsvertrags gezeichnet. Darin heißt es u.a. in Art 3 Abs. 1 6. Teil:

„Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten, neutralen Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden.“

Man könnte dies als „Morgenthau-Plan durch die Hintertüre“ bezeichnen. Wir verzichten mit dieser Regelung gegen jede Einrede, wenn die Alliierten gegen deutsches Vermögen vorgehen. Gut, dass sich die Führungsspitze der Deutschen Bundesbank gegen die Vorstellungen einiger der 20 Gipfelstaaten in Cannes im Herbst 2011 gewehrt hat, dass die Goldreserven der „BRD“ in Höhe von 15 Mrd. Euro im Rahmen des ESFS verpfändet werden sollten. Dann wundert es nicht, dass niemand und nichts mehr Bestand hat.

„Wenn du im Recht bist, kannst du dir leisten, die Ruhe zu bewahren; und wenn du im Unrecht bist, kannst du dir nicht leisten, sie zu verlieren.“ Mahatma Gandhi

Wahlen und die Mischung von Exekutive, Legislative und Judikative

Volksentscheide werden angekündigt und morgen wieder abgesagt (s. Griechenland – die Wiege der „Demokratie“). Wir in der „BRD-Demokratie“ dürfen überhaupt nicht über wirklich wesentliche Politikinhalt direkt abstimmen oder nur dann, wenn das Ergebnis bereits medial oder auf andere Weise gesichert ist. Wahlen allerdings stehen derzeit bei uns im Lande vor der Tür. Daher die unendlich vielen Versprechungen unserer Abgeordneten.

„Wer jedoch glaubt, dass Volksvertreter das Volk vertreten, glaubt sicher auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten“

Jede Wahl in der „BRD“ war bis heute völkerrechtlich ungültig, da wir keine eigene, frei bestimmte Verfassung haben. Die „BRD“ ist nur ein Verwaltungskonstrukt und wurde, nur um seitens der Besatzer das Gesicht zu wahren, als Staat

namentlich umgetauft. Es ist und bleibt aber nur ein Verwaltungskonstrukt namens „BRD“. Die „BRD“ ist und war nur zur treuhänderischen Verwaltung eines Wirtschaftsgebietes für die Alliierten eingesetzt. Alles andere ist ein riesengroßes nahezu perfekt inszeniertes Kasperle-Theater, in dem mit Taschenspielertricks gearbeitet wird. Wie will ein besetztes Land ein Rechtsstaat sein und frei, unabhängig und souverän entscheiden? Entweder ist man besetztes Land oder Rechtsstaat.

Darüber hinaus wählen wir beim Bundestag nur die Hälfte der Abgeordneten in freier Wahl. Die Listen sind von Parteien bestimmt und diese Abgeordneten sind daher nicht vom Volk frei, direkt und geheim gewählt. D.h.: Diese über Listen gewählten Abgeordneten sind noch weniger legitimiert als die anderen Abgeordneten, weil wir noch nicht einmal eine Verfassung haben!

Thema Wahlen: unmittelbar gewählt heißt: Ohne Vermittlung durch eine Partei. Das Grundgesetz sieht nur eine Direktwahl vor und keine Listenwahl. 2/3 der Abgeordneten des Bundestages erhalten aber über eine Liste der Parteien ihr Mandat. Das ist grundgesetzwidrig. Das sind quasi sanktionierte Lobbymandate.

Selbst im Strafgesetzbuch (§ 92) steht, es sei das Recht des Volkes, ihre Abgeordneten in unmittelbarer Wahl zu wählen. Demnach war keine der Bundestagswahlen seit 1949 rechtmäßig. Nach unseren Informationen haben etwa 200 Bürgerinnen und Bürger die letzten Bundestagswahlen angefochten und damit für nichtig erklärt. Das Bundesverfassungsgericht behauptet nun, der Gesetzgeber selbst sei für die ordnungsgemäße Wahl zuständig. Daran kann man die Rolle dieses Gerichts erkennen, es lässt den Souverän, uns, die Bürger, das Deutsche Volk im Stich. Es stellt sich hier die Frage: Wer ist in diesem Land der Gesetzgeber? Dies konnten in letzter Konsequenz nur die Alliierten sein, die wir jetzt gemeinsam friedvoll verabschieden wollen.

Legislative, Exekutive und Judikative werden immer wieder völlig illegal miteinander vermischt. Z.b. der Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert: Er ist sowohl Amtsträger als auch freier Abgeordneter, also sind hier Exekutive und Legislative miteinander vermischt worden. Ist dies überhaupt nach rechtsstaatlichen Prinzipien zulässig? Wenn ja, wo ist das festgelegt? Wann übernimmt Prof. Dr. Lammert welche Funktion als Amtsträger und wann als Abgeordneter? Und welche Kompetenzen stehen ihm im jeweiligen „Mäntelchen“ zu? Allein das Grundgesetz trennt diese Gewalten in Artikel 20 Abs. 2 und 3. Und Abs. 4 des Art. 20 erlaubt den Widerstand gegen solche Personen, die die freiheitliche Grundordnung missachten und beseitigen wollen.

Wer kann uns sagen, zu welcher Staatsgewalt alle unsere Bundeskanzler gehörten? Wie alle zuvor amtierenden Bundeskanzler ist auch die jetzige Bundeskanzlerin als Abgeordnete Mitglied der Legislative und ist sie als Kanzlerin Mitglied der Exekutive. „Unsere“ Kanzlerin und die Mehrzahl ihrer Minister kontrollieren sich somit selbst und handeln damit rechtswidrig.

Über 60 Jahre nach der Schaffung des Grundgesetzes entscheiden noch immer die Justizminister über die Auswahl, Anstellung und Beförderung von Richtern. Minister führen die oberste Dienstaufsicht über die Richterinnen und Richter. Gerichtspräsidenten sind Beamte und dem Justizminister untergeordnet. Als beamtete Vorgesetzte schreiben sie die Dienstzeugnisse der Richter. Auch hier findet eine unerlaubte Vermischung von Exekutive und Judikative statt.

Wem sind bereits die vielen Symbole auf der Rückseite des Personalausweises aufgefallen? – Der gehörnte Schädel mit der darüber befindlichen Feuerkrone sind beides Symbole, die sich schon auf alten Darstellungen im Zusammenhang mit Luzifer und Ahriman / Satan zu finden sind. Dreht man dieselbe Seite des Ausweises um 180°, so sieht man, oben begrenzt von einem

Halbkreis, das Phallussymbol, wie es unten in die skizzierte weibliche Scham eindringt. Auch diese pervertierte Darstellung der geschlechtlichen Vereinigung von Mann und Frau findet sich in älteren Bildern auf Satans Bauch dargestellt. Und was ist die offizielle Begründung für diese Zeichen auf unserem Personalausweis? Zitat Bundesdruckerei: **„Die Hintergrundgestaltung des Personalausweises ist aus Gründen der Fälschungssicherheit mit Farben und Formen ausgestattet, die keinerlei tiefer gehende Bedeutung haben.“** Was soll hiermit zum Ausdruck und damit bezweckt werden? Ist das Zufall? Sicher nicht! Wer genehmigte solche Torheit und warum wurde sie genehmigt? Gehören solche Symbole auf ein Ausweisdokument?

Der Reichsadler enthält sechs Federn pro Schwinge. Im Dezember 2007 liest sich das mit der unterschiedlichen Anzahl von Gefieder in den Reisepässen laut Bundesministerium des Inneren (Christian Almes) so: **„Der auf dem Reisepass befindliche Bundesadler wurde ursprünglich als Muster für Zierschmuck mit sechs Schwingen (Gefieder) entworfen. Dagegen zeigen die einzelnen Seiten des Reisepasses sowie der Personalausweis den Bundesadler mit sieben Schwingen (Gefieder). Der Bundesadler wird also nicht nur in einer Form geführt, deren Vielfalt bereichert die in ihnen zum Ausdruck gebrachte Präsenz des Staates.“**

Anmerkung: Dokumente, Zollpapiere etc., die im Ausland verwendet werden, müssen das echte Hoheitszeichen des Staates „Deutsches Reich“ aufweisen. Ansonsten besteht Ablehnungsgefahr durch ausländische Behörden. Dass das Verwaltungsorgan „Bundesrepublik Deutschland“ juristisch nach der Aufhebung des Grundgesetzes eigentlich gar nichts mehr darf, wird aus wirtschaftlichen Gründen geduldet, so lange die „BRD“ dafür an die UN und an andere bezahlt. Im Volksmund nennt man dies auch Schutz- oder Schweigegeld.

Merke! Im Ausland ist das Originalsiegel, den Reichsadler zu verwenden. Und daher ist der Reichsadler außen auf dem Dokument angebracht.

„Der Schwache kann nicht verzeihen. Verzeihen ist eine Eigenschaft des Starken.“ Mahatma Gandhi

Verfassungsrechtliche Grundlagen:

Das Grundgesetz hat keine Staatsangehörigkeit der „Bundesrepublik Deutschland“ geschaffen, sondern hält an der deutschen Staatsangehörigkeit (Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913) fest, wie sich aus den Vorschriften der Artikel 16 und Artikel 116 GG ergibt. – Im Parlamentarischen Rat wurde eine so genannte Bundesangehörigkeit sogar ausdrücklich abgelehnt (Parl. Rat HA Stern. Berichte S 537f 580; JöR nF Bd 1 (1951), S 160ff; Stern, Staatsrecht Bd I S. 260; Doehring, Staatsrecht S. 92f). Es gibt daher auch keine „Bundesangehörigkeit“, aus der sich Rechte und Pflichten von „Bundesbürgern“ ableiten ließen. Wir, das Deutsche Volk, sind Angehörige des Deutschen Reiches! Deutschland ist das Land innerhalb der Grenzen von 1937.

Neben der ehemaligen DDR und dem Land Berlin gehören noch dazu: Ostpreußen, Posen, Westpreußen, Danzig, Hinterpommern, Vorpommern das Gebiet von Stettin westlich der Oder, Ostbrandenburg, Schlesien, Böhmen, Mähren, dem Hultschiner Ländchen, Elsass-Lothringen, das Saarland und letztendlich Neu-Schwabenland. Die Menschen, die dort wohnen, sind allesamt Deutsche. Sie bekommen auch auf Antrag von der Bundesdruckerei einen Pass mit Staatsangehörigkeit Deutsches Reich!

Wir haben ein Grundgesetz und keine Verfassung. Das Grundgesetz ist mangels Geltungsbereichs nichtig geworden. Diese Situation zeigt umso mehr, dass uns jetzt alle

Möglichkeiten gegeben sind, das Deutsche Reich wieder neu zu organisieren. Denn gerade diese Recht- und Gesetzlosigkeit ist der Freiraum und der Schlüssel der unbegrenzten Möglichkeiten des Deutschen Volkes. Das Deutsche Volk wacht langsam aus seinem narkotisierenden Schlaf auf und erkennt immer mehr die Möglichkeiten des zurzeit zunehmenden vorherrschenden Justiz-Vakuums.

Sehen wir uns das Grundgesetz genauer an: Gehen wir zum Artikel 3 und beschränken uns auf Absatz 3: „Niemand darf wegen ... seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. “Nimmt man das wörtlich, dann darf niemand wegen seiner Zugehörigkeit oder Nähe zu einer Partei ein öffentliches Amt erhalten. Allein das Fachwissen und die Leistungen sollten entscheidend sein. Dennoch werden die höchsten Richter dieses Landes, die Verfassungsrichter, nach dem Parteienproporz bestimmt. Mal dürfen die Vertreter der SPD einen Kandidaten bestimmen, mal die Vertreter der CDU. Dies widerspricht allerdings krass dem Art. 3 GG. Das seit dem 18.07.1990 um 0.00 Uhr nichtige Grundgesetz konfrontiert uns immer wieder mit derartigen Formulierungen! So müssen wir uns zunehmend ins Bewusstsein rufen, dass für die Deutschen einzig und allein das Völkerrecht noch Bestand hat. Daraus dürfen wir einen Vorteil ziehen. Denn der Betrug an uns mutiert nicht zur Rechtmäßigkeit, wenn wir ihn gesellschaftsfähig machen. Es gibt nichts Richtiges im Falschen!

Wir erinnern uns an die diversen Parteispendenaffären (Kohl, Schäuble, der mal eben vergessen hat, dass € 100.000 in seiner Schublage gelegen haben) und die Quasi-Machtübernahme der Hochfinanz im letzten Jahrtausend. Auch Ex-Kanzler Kohl hat unerlaubte Parteispenden entgegen genommen und sich geweigert, die Namen der Spender bekannt zu geben. Mit 300.000 DM Strafe durfte er sich, mit Billigung der Bonner Staatsanwaltschaft, Unrecht wegen „geringer Schuld“ erkaufen. Dabei hat das Volk das Recht zu erfahren,

welche Parteien von welchen Konzernen gekauft werden. Mit dem juristischen Beschluss wurde deutlich: Alle Macht geht vom Kapital aus, das sich ungeniert Parteien kauft, die ihre Vertreter als Volksvertreter ausgeben. Und die Richterschaft deckt noch diesen Betrug!

Nach dem Wortlaut des Grundgesetzes haben die Parteien gar keine Macht auszuüben. Parteien haben lediglich bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Sie sollen mit den vielen politischen Aufklärern mitwirken. Parteien sollen keine Macht ausüben können. Haben wir denn aus der Vergangenheit überhaupt keine Lehren gezogen? Parteien sind nun mal parteiisch und nur ein Teil vom Ganzen. Allein das Wort Partei zeigt auf, dass es per Definition nichts unparteiisches sein kann.

Es gibt aufmerksame Menschen in diesem Land, die Strafanzeige gegen unsere Regierung wegen unerlaubter Kriegsführung erstattet haben. Zuständig für derartige Strafanzeigen ist die Bundesanwaltschaft. Die Spitzen dieser Ämter erfolgen natürlich im Parteienproporz. Die Bundesanwaltschaft urteilt, dass **“Nur die Vorbereitung an einem Angriffskrieg und nicht der Angriffskrieg selbst strafbar”** sei, **“so dass auch die Beteiligung an einem von anderen vorbereiteten Angriffskrieg nicht strafbar ist”** (AZ 3 ARP 8/06-3).

Also zusammengefasst: Die Vorbereitung eines Angriffskrieges ist strafbar, das Führen des Krieges nicht. Mit anderen Worten: Unsere Soldaten gehen unvorbereitet in die Kampfhandlungen, denn sie durften nicht dafür ausgebildet werden. Eine völlig verquirlte Logik äußert sich in diesen Worten seitens unserer höchsten „Staatsschützer“. Außerdem stellt diese Auffassung der Bundesanwaltschaft die Moral auf den Kopf und missachtet Menschenrechte. Auf der Web-Seite des Generalbundesanwalts am Bundesgerichtshof Karlsruhe steht: Die ranghöchsten Staatsanwälte am Bundesgerichtshof sind „politische Beamte“

und müssen in Ansichten und Zielsetzung mit der Regierung übereinstimmen. Mit anderen Worten: Die Regierung wird durch ihre eigenen Staatsanwälte geschützt. Der Bundesgerichtshof grenzt sich damit als Teil der Rechtsprechenden Gewalt aus. Es stellt sich hier konkret die Frage: Welche Instanz schützt das Deutsche Volk vor dem Staat, wenn der Staat vom Prinzip her doch erst durch das Volk selbst entstehen kann, bzw. welche Instanz beinhaltet das Deutsche Volk, wenn es zwar „der Staat ist“ (l'état, c'est moi), jedoch zu dessen Bestand nicht beizutragen vermag, aber von ihm reglementiert wird? Die Behörden der „BRD“ machen pro Tag ca. 200 Mio. Euro Schulden, das sind ca. 2.300 Euro pro Sekunde. Wie kommt es, dass wir so viele Schulden haben, wenn der Haushalt ausgeglichen sein muss? Nun, das machen unsere Politiker so: Die Neuschulden zählen als Einnahmen. Damit gleichen sie die Ausgaben aus. Die angehäuften Schulden selbst tauchen dann im Haushaltsplan nicht mehr auf. Sie werden ausgelagert und wachsen und wachsen und wachsen... zur Freude der Bankenwelt. Niemand von uns wird das je zurückzahlen können – nicht mit diesem jetzigen Finanz- und Wirtschaftssystem. Wir Menschen werden dabei Stück für Stück versklavt. Die EU und die EWG sind gescheitert. Schuld daran sind nicht die Griechen oder Italiener, die Portugiesen oder Spanier, sondern Bankster, Finanz- „Dienstleister“, Konzerne, Milliardäre und Politiker. Die aktuelle Diskussion um den Euro ist ebenso unsinnig wie verlogen. Es geht gar nicht um die „Rettung“ Griechenlands, Europas oder des Euros – es geht um die Rettung der Privilegien und Profite der Banken. Wir sind es unseren Kindern und Kindeskindern sowie alle zukünftigen Generationen schuldig, diesen Unsinn nicht weiter zu betreiben und uns jetzt für eine neue, bessere Welt einzusetzen. Den Leser fordern wir auf, diesen Text mehrfach zu lesen und selbst zu hinterfragen. Diese Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es könnten nahezu

unendlich viele weitere Themen hier bearbeitet werden. Wir wollen es jedoch zunächst dabei bewenden lassen und glauben, Wesentliches veröffentlicht zu haben. (siehe dazu die Links auf www.diebrdlüge.de) Dieses auf Lügen aufgebaute System wollen wir nicht mehr. Wachen wir doch endlich auf! Gewaltloser Widerstand ist zur Pflicht geworden, unserer Bürgerpflicht beim Ausfall staatlicher Stellen. Auch Kollaborateure wollen wir nicht dulden! Sogar das nichtige Grundgesetz erlaubt ausdrücklich den Widerstand (Art. 20 (4)). Da die „BRD“ unter dem Namen des Vereinten Deutschland bisher keine Anstalten unternommen hat, die Rechtslage in Deutschland zu ändern, ist jeder von uns aufgefordert, sein Recht einzufordern, denn seit Juli 1990 haben die Alliierten das Deutsche Volk in eine innerdeutsche, jedoch nicht völkerrechtlich rechtsfreie Zone geschickt. Sie haben uns damit uns selbst überlassen. Die Errichtung des deutschen Rechtsstaates ist Pflicht eines jedes Deutschen. Wir haben mit diesen Thesen festgestellt, dass wir in keinem völkerrechtlichen Rechtsstaat leben, obwohl dieser sich als solcher verkauft. Daher nehmen wir nun unsere menschenwürdige Zukunft selbst nach völkerrechtlichen Maßstäben in die Hand, ohne uns von nicht legitimierten Behörden, die keinerlei hoheitliche Aufgaben für ein souveränes Volk erfüllen können, Vorschriften machen zu lassen. Wir packen es jetzt einfach gemeinsam an! Wir sind das Volk und es ist nun an der Zeit für unsere Kinder, Enkel und Urenkel eine gerechte und rechtsstaatliche Zukunft aufzubauen.

Wir orientieren uns an dem „Potsdamer Abkommen“ (amtlich: „Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 2. August 1945“) und den uns dort auferlegten Pflichten, d.h. wir werden ab sofort selbstständig beweisen und unser Recht einfordern, dass wir in der Lage sind, uns demokratisch und rechtsstaatlich zu organisieren, denn die BRD-Restorganisation ist überholt, da sie sich nicht an Gesetz und Recht hält.

Wir arbeiten daran, die verfassungsgemäße Ordnung wiederherzustellen bzw. da diese nie real existiert hat, neu zu strukturieren, d.h. eine neue Verfassung auszuarbeiten. Wir werden unsere Menschenrechte, unsere Bürgerrechte täglich neu einfordern und nach Frieden rufen. Und was hat die Welt von uns zu erwarten? Dem Rest der Welt ist es zunächst egal, dass wir wieder Chef im eigenen Haus sein wollen. Ein rechtmäßig funktionierender und agierender Staat ist aber für uns und letztlich auch für die gesamte Welt wichtig, genauso wie unsere Ziele. Unsere Nachbarstaaten sowie der Rest der Welt müssen von uns wissen, welche Ethik wir in die Welt hinaus tragen, wenn ein deutscher souveräner Staat wieder gleichberechtigt und als verlässlicher Partner in der Völkergemeinschaft handelt und seinen Platz einnimmt und die Feindstaatenklausel aus den Statuten der Vereinten Nationen (UN) verschwunden ist. Dies tun wir jetzt qualifiziert durch unser Reden und Handeln. Wir wollen friedfertig, sozial und souverän handeln. Der Rest der Welt sollte wieder sagen: „Mit denen können wir! Die wollen wir!“ Das ist unsere Aufgabe und das steht im Potsdamer Abkommen. Laden wir aber auch alle diejenigen ein, die bis heute ohne Unterlass Rechtsbeugung und Schlimmeres betreiben. Wir wissen, dass es manchen schwer fällt aus dem Rechtsbeuge-System auszubrechen, weil sie Familie haben, ein Haus, welches noch nicht abbezahlt ist und bei denen ggf. morgen kein Gehalt mehr auf dem Konto eingeht sowie die Karriere fraglich wird. Das bedeutet aber auch, dass bei vielen das Recht und Gerechtigkeit keine oberste Priorität mehr hat! Wie viel Rechtsbeugung lädt sich derjenige Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr, Jahrzehnt um Jahrzehnt auf seine Schultern? Und wie will er das jemals vor seinen Mitmenschen wieder abtragen und gegenüber seinen Eltern, seinen Angehörigen glaubhaft machen? Jetzt kommt es noch dicker: Am 25. Juli 2012 hat das Bundesverfassungsgericht (eigentlich Bundesgrundgesetzgericht) das

Bundeswahlgesetz für verfassungswidrig und damit für nichtig befunden. Damit steht fest, dass unter der Geltung des Bundeswahlgesetzes noch nie der verfassungsmäßige Gesetzgeber am Werk war! Der verfassungswidrig gewählte „Bundestag“ ist somit als verfassungswidriges BRD-Organ nicht befugt, einfach ein neues Wahlgesetz (oder irgendein anderes Gesetz) zu beschließen! Jedes Verfahren, dem nachkonstitutionelles Recht zugrunde liegt, ist wegen des verfassungswidrigen Zustandekommens dieses Gesetzes selbst Verfassungswidrig und damit nichtig. Der gesamte „Bundestag“, nebst der Merkel - „Regierung“, müsste daher sofort aufgelöst werden. Alle Prozesse sind darauf zu überprüfen, ob die angewandten Gesetze überhaupt vom verfassungsmäßigen Gesetzgeber erlassen wurden, oder nur von ein paar Leuten, die sich weitgehend selbst gewählt haben, um kräftig Diäten abzukassieren und den „Gesetzgeber“ zu spielen! Es ist umfassend zu überprüfen ob abgeschlossene Verfahren wieder aufzunehmen sind bzw. ob und welche Schadensersatz- oder Rückforderungsansprüche gegen die „BRiD“ geltend zu machen sind. In allen Bereichen der NGO BRiD ist jetzt so ziemlich jede gesetzliche Grundlage weg gebrochen. Jedem Einzelnen sei nun geraten, in anhängigen Verfahren die gesetzlichen Grundlagen in Zweifel zu ziehen, aus dem Gesichtspunkt der Nichtigkeit wegen Verfassungswidrigkeit. Aus der Karlsruher Entscheidung folgt, dass jedes seriöse Gericht bestehende Verfahren sofort unterbrechen und pflichtgemäß eine Vorlage nach Art. 100 GG an das „Bundesgrundgesetzgericht“ (Bundesverfassungsgericht) durchführen muss. Dies gilt für nahezu 99 % aller anhängigen Verfahren bzw. für alle Verfahren, die unter der Geltung des „Bundeswahlgesetzes“ stattfanden! Frau Dr. Merkel ist daher auch keine Kanzlerin mehr, sondern eine reine Privatperson. Sämtliche Beschlüsse der Merkel - Regierung, aber auch die, der vorhergegangenen Regierungen, wie z.B. der ESM, die EU-

Diktatur, die Abkommen von Maastricht bis Schengen, der "Lissabon-Vertrag" u.v.m. sind per sofort nichtig und hinfällig! Das Deutsche Volk ist aufgefordert sein Recht gemäß Art. 20, Abs. 4 wahrzunehmen. Das nunmehr als illegales BRD-System erkannte System versucht in gewohnter Manier, die fundamentale Bedeutung dieses bahnbrechenden Urteils des Verfassungsgerichtes herunterzuspielen und tut so, als ob es sich beim verfassungswidrigen Bundeswahlgesetz nur um einen "kleinen Betriebsunfall" handeln würde. Dem ist aber nicht so! Alle Minister, Abgeordneten sind x-beliebige Privatperson und nicht mehr und nicht weniger. Kein einziger Abgeordneter hat ab heute mehr etwas im Bundestag (Der Bundestag ist eine Firma mit der Umsatzsteuer Identifikationsnummer DE 122119035) verloren, geschweige denn zu besprechen. Jeder der sich jetzt noch ein Amt anmaßt und ist ein Hochverräter. Niemand hat momentan die Legimitation als Vertreter des Deutschen Volkes oder überhaupt irgendetwas im Namen des Deutschen Volkes zu veranstalten oder zu entscheiden. Wie schon beim Verfassungshochverrat durch die BRD-Regierung im Zusammenhang mit dem ESM ist auf weiter Flur nichts von den angeblich unabhängigen (abhängigen und weisungsgebundenen) „Staatsanwälten“ zu hören und zu sehen! Die gegenwärtige Situation ist die offensichtlichste Widerstandssituation nach Art.20 (4) GG, in der wir Deutschen uns jemals befunden haben. Schluss mit der GEZ Abzocke, mit Zwangskammer- und Mitgliedschaften. Schluss mit allen illegalen Steuern. Die AO 1977 ist gemäß § 415 AO niemals in Kraft getreten. Das Umsatzsteuergesetz ist seit dem 01.01.2002 ungültig und daher nichtig. Gespräche mit Finanzämtern zeigen, dass es ohne weiteres bekannt ist, dass das UStG nichtig ist und ohne Rechtsgrundlage und seit 2002 Umsatzsteuer erhoben und begetrieben wird! Man versteckt sich hinter seiner OFD, die angeblich angeordnet hat, ohne Recht und Gesetz so zu verfahren. Das Deutsche Volk sollte gemäß Art. 146 GG

handeln und zwar in seiner ursprünglichen Form. Alle Staatsgewalt geht ausschließlich vom Deutschen Volke aus.

Wir könnten noch viele Punkte aufführen, doch das würde den Rahmen dieser kleinen Broschüre sprengen und vermutlich auch langweilig werden. Stellt sich die Frage, ob wir überhaupt die Chance haben, aus dem Dilemma auszusteigen? Diese Möglichkeit besteht und zwar mit „NeuDeutschland“ das von Peter Fitzek begründet und am 15. und 16. September 2012 in ein „Königreich Deutschland“ gewandelt wurde. (<http://koenigreichdeutschland.de/de/startseite.html>)

Liebe „NeuDeutschland“ - Interessenten, Mitglieder, Freunde, Bekannte

Viele neue Dinge haben sich bei uns wie durch Zauberhand ergeben. Sie eröffnen uns neue Möglichkeiten, Wege in die Freiheit. Diese Möglichkeiten zu vermitteln und gemeinsam den Weg zu bereiten, ist unser Ziel. Zu Beginn haben wir vor, Ihnen all unsere Möglichkeiten zum Greifen nah zu präsentieren. So werden auch Sie mit eigenen Augen sehen, wie es uns gemeinsam wirklich möglich wird, einen echten freien deutschen Staat zu gründen. Einen Staat, wie wir ihn uns alle wünschen. Ohne Eure Teilhabe und Mitverantwortung lässt sich dieser Traum jedoch nicht für ganz Deutschland verwirklichen. Wir sollten lernen unsere Kräfte zu bündeln. Wir wollen aufzeigen, wie genau der Weg gegangen wird und was jeder Einzelne dafür tun kann. Je mehr Menschen daran zielgerichtet mitarbeiten, desto schneller erreichen wir einen schuldenfreien Staat, der ohne ein Steuersystem auskommt. Schaffen wir einen Staat, der den Menschen wieder Glück, Freiheit, echte Bildung und all die Dinge ermöglicht, die wir uns alle so sehnlichst wünschen. Nur durch eigenverantwortliches Handeln werden wir das große Ziel erreichen.

Die Zeit dafür ist gekommen. Wir freuen uns auf Euch und Eure Unterstützung! Das „NeuDeutschland“ – Team.

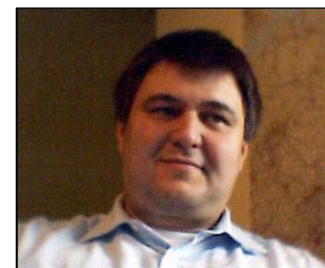
Wenn man Probleme hat mit den illegalen Behörden, einem illegalen Gerichtsvollzieher oder nicht unterschriebenen Urteilen, die von denen da „Oben“ als rechtskräftig angesehen werden, haben wir sachkundige Unterstützung durch die amerikanische Kanzlei von Graf von Andechs, die neue, andere Wege beschreitet als die bisher bekannten und zwar über amerikanischen Anwälte.

Voraussetzung für jede Mandatsübernahme eines unserer Verteidiger ist die Mitgliedschaft an unserer Alpha Corp. Kanzlei für Menschenrechte.

Dadurch können wir auch auf einen Kostenvorschuss wie sonst üblich verzichten, dieser wird natürlich auf die Verteidigerkosten bei der Endabrechnung angerechnet!

Weitere Vorteile unserer Kanzleimitgliedschaft: Die Gerichte, Gerichtsvollzieher und sonstige Behörden gehen Ihnen auf die Nerven? Meinen Sie, mit einem Urteil ist schon alles erledigt? Sind Sie frustriert? Dann werden wir für Sie als Mandant sofort KÄMPFEN, denn wir gehen andere Wege und verfolgen Ihre Peiniger gnadenlos!

Wir benötigen immer bei Mandatsübernahme ein persönliches Gespräch, eine Vollmacht, die Akten sowie Adresse mit



Telefon und Email Angabe!

Dr. Andreas Wittmann, Graf von Andechs.

Alpha Corp. c/o. - Kanzlei GvA

Niederlassung:

Friedrichstraße 171

D-10117 BERLIN

Tel.: + 49 (0)6226 7894 57
Fax: + 49(0)6226 7894 78
Hauptverwaltung: ALPHA CORPORATION - Law Firm -1903
60TH Place M3327 Bradenton, 34203 Florida



Unsere weiteren Beratungsbüros:

Düsseldorf-Hamburg-Hannover-Heidelberg-
Köln-Dresden, Mannheim-München-Frankfurt
a.M. - Nürnberg

Email: info@my-graf-von-andechs.de
Homepage: <http://www.my-graf-von-andechs.de>

**„Man kann einen Teil des
Volkes die ganze Zeit
täuschen und das ganze
Volk einen Teil der Zeit.
Aber man kann nicht das
gesamte Volk die ganze Zeit
täuschen“**

Abraham Lincoln, 1809-1865
16. Präsident in den USA

**Noch sitzt Ihr da oben,
ihr feigen Gestalten.
Vom Feinde bezahlt,
dem Volke zum Spott.
Doch einst wird wieder
Gerechtigkeit walten,
dann richtet das Volk,
dann grad Euch Gott.**

Theodor Körner, 1791 - 1813

**Links auf der Internet Seite:
www.diebrdluege.de
für die eigene Recherche:**

1. Information zum ESM Vertrag
<http://www.eu-direct.info/aktuelles-3/esm-vertrag-unterzeichnet-vertrag-zur-einrichtung-eines-europaeischen-stabilitaetsmechanismus-eurorettungsschirm-930.html>
2. Wortlaut des ESM Vertrages:
<http://www.european-council.europa.eu/media/582866/02-tesm2.de12.pdf>
3. Geheim Rede von Angela Merkel
http://www.youtube.com/watch?v=aC_Im_bDwUg&feature=fvwrel
4. Die BRD gibt es nicht. Video
<http://www.youtube.com/watch?v=I-jeOkyJcdY&feature=related>
5. BRD keine Staat. Nur Verwaltung der Quadro Zone
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/05/26/zusammenfassung-brd-kein-staat-nur-die-verwaltung-der-quadro-zone/>
6. Horst Seehofer sagt die Wahrheit
<http://www.youtube.com/watch?v=f1XJ9v6iV4Q>
7. BRD GmbH existiert nicht. Video
<http://brd-gmbh.blogspot.de/>

8. **BRD GmbH mit Andreas Claus**
<http://www.youtube.com/watch?v=u97p3GVixNk>
9. **BRD als GmbH**
http://www.der-Eulenspiegel.de/Politik/BRD_GmbH/brd_gmbh.html
10. **Der BRD Schwindel**
www.brd-schwindel.org
11. **Kriegsbesoldung**
<http://www.brd-schwindel.org/hartz-iv-war-gestern-freie-buerger-beantragen-sozialgeld-in-form-von-kriegsbesoldung/>
12. **Rede von Carlo Schmid zur BRD, 1948**
<http://www.youtube.com/watch?v=njILVkJ1Y8HU>
13. **Rede von Carlo Schmid: BRD hat keine Verfassung**
<http://www.youtube.com/watch?v=1A8cCMIwi3o&feature=related>
14. **Peter Frühwald zur Staatlichen Selbstverwaltung**
<http://www.youtube.com/watch?NR=1&feature=endscreen&v=qN8yajuUrN0>
15. **Sigmar Gabriel beim Landesparteitag**
www.youtube.com/watch?v=WIAHYcChrvY
16. **Nachweis der Staatsangehörigkeit**
www.innenministerium.bayern.de/buerger/staat/staatsangehoerigkeit/detail/05788/
17. **Sigmar Gabriel beim Pol. Aschermittwoch**
<http://www.youtube.com/watch?v=UEuInL3Ktgw&feature=relmfu>
18. **Sigmar Gabriel sagt die Wahrheit**
<http://www.youtube.com/watch?v=KsEHnMMKfLU&feature=related>
19. **Die BRD Lüge**
<http://www.youtube.com/watch?v=npqVh6hkNN4&feature=related>
20. **Die BRD Lüge im 1. Deutschen Programm**
<http://www.youtube.com/watch?v=FakYMPwA0Ls&feature=related>
21. **GEZ ist illegal - Volksbetrug**
<http://www.youtube.com/watch?v=arhD4EUhVs&NR=1&feature=endscreen>
22. **BRD Schwindel: Teil 2**
<http://www.youtube.com/watch?v=2C640ZIk6nE&feature=related>
23. **Radio Durchsage von 1990 zur BRD**
<http://www.youtube.com/watch?v=qGIYq-xSqQQ&feature=endscreen&NR=1>
24. **Wem gehört die BRD? Panorama Report**
<http://www.youtube.com/watch?v=PijGN7G-pl8&feature=related>
25. **BRD ist eine Firma mit Trittin, Westerwelle, La Fontaine**
<http://www.youtube.com/watch?v=cgYRL9srHuk&feature=related>
26. **Hauptkommissar Hartlaub packt aus**
<http://www.youtube.com/watch?v=udWpKj01Zok&NR=1&feature=endscreen>

27. Oberkommissarin Pfeifer packt aus (1)
<http://www.youtube.com/watch?v=d-GpZIRp-Do>
28. Oberkommissar Pfeifer packt aus (2)
<http://www.youtube.com/watch?v=xXAIImzfWTU8&feature=relmfu>
29. Der Weg in die Selbstverwaltung: Peter Frühwald
<http://www.youtube.com/watch?v=2XlseQ6Pq7s&feature=related>
30. Warum wir keine Bußgelder mehr bezahlen müssen
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/10/09/warum-sie-keine-busgelder-mehr-bezahlen-mussen/>
31. Anwendung ungültiger Gesetze bei der Ummeldung von Fahrzeugen
<http://www.youtube.com/watch?v=2Z6yA2-MB9g&feature=related>
32. Anwendung ungültiger Gesetze Teil 2
<http://www.youtube.com/watch?v=GcLdPINNIqo&feature=related>
33. Warum Deutsche Gerichte seit dem 29.11.2007 Handelsgerichte sind.
<http://www.youtube.com/watch?v=18QXCvTVLKE&feature=related>
34. Staatliche Selbstverwaltung
<http://www.youtube.com/watch?v=OZ7ffEsL2fg&feature=related>
35. Werner Ratikow: Situation in der BRD
<http://www.youtube.com/watch?v=BnbZWhGqhi8&feature=related>
36. Rechtslage in Deutschland, Andreas Görlitz
<http://www.youtube.com/watch?v=0Rw1hvHTTFM&feature=relmfu>
37. Was ist in Deutschland wirklich los?
http://www.youtube.com/watch?v=JegpCQIC_Uw&feature=fvwrel
38. Polizeischulung über die Situation in der BRD GmbH
<http://www.youtube.com/watch?v=IOVAA1NVYXA&feature=relmfu>
39. BRD GmbH. Fernsehbericht
<http://www.youtube.com/watch?v=wQmewtkMGhA&feature=related>
40. BRD ist eine Firma und kein Staat
<http://www.youtube.com/watch?v=m5bc3TfCeOM&feature=related>
41. Die BRD gibt es nicht. Teil 2
<http://www.youtube.com/watch?v=I-jeOkyJcdY&feature=related>
42. Ihr lernt was Ihr wissen dürft und nicht was Ihr wissen solltet
<http://www.youtube.com/watch?v=1rvPPxnITzU&feature=related>
43. Volksbetrug und Staatsangehörigkeit
<http://www.youtube.com/watch?v=-cS3mgUHj-8&feature=related>
44. Es gibt keine Richter und Gerichte in der BRD!
<http://www.youtube.com/watch?v=lNukaaTcICM&feature=related>

45. Ex Polizist packt aus
http://www.youtube.com/watch?v=uSKstIKf_9w&feature=related
46. Roland Koch packt aus
<http://www.youtube.com/watch?v=7U2rTrChsSo&feature=fvwl>
47. Die wahren Herrscher der Welt
<http://www.youtube.com/watch?v=0MLBGDTvpZU&feature=related>
48. Die BRD GmbH Lügen ohne Ende
<http://www.youtube.com/watch?v=qicyHeE0VQU>
49. Andreas Claus – BRD System
http://www.youtube.com/watch?v=yistWie_FNo&feature=related
50. Das Deutsche Kaiserreich
<http://www.youtube.com/watch?v=Y3xw5zRW7fk&feature=related>
51. Helmut Schmitt über die BRD GmbH
<http://www.youtube.com/watch?v=gw13tbmeJ-g&feature=related>
52. Gerichtsvollzieher macht sich strafbar
<http://www.youtube.com/watch?v=4J-UevyYvl0&feature=related>
53. Geheimes Handelsabkommen
<http://www.youtube.com/watch?v=2igKwSffMN&feature=related>
54. Bürgerkrieg in der BRD?
<http://www.youtube.com/watch?v=30L8fKC271Y&feature=related>
55. Horst Seehofer erklärt das Wahlen sinnlos sind
http://www.youtube.com/watch?v=_AYcGDCZ4zs&feature=related
56. Der Vorlauf zum Dritten Weltkrieg
<http://www.youtube.com/watch?v=nThfbeL0TBE&feature=related>
57. Helmut Schmidt über die Bilderberger
http://www.youtube.com/watch?v=FBeAD_2VSJo&feature=related
58. Wer regiert hier eigentlich? Kabarettist
http://www.youtube.com/watch?v=urvK7_OCpjQ&feature=related
59. Die BRD Lüge
<http://www.youtube.com/watch?v=dgLaxvNXmPA>
60. Volker Schöne: Die Polizei hat Angst
<http://www.youtube.com/watch?v=gR6AxRxKERS&feature=related>
61. Staatsanwältin packt aus
http://www.youtube.com/watch?v=Uy_BSUymg00&feature=related
62. OWiG aufgehoben
http://www.youtube.com/watch?v=a_1FXgIkw2c&feature=related
63. Vorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft über Rechtslage
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/09/29/vorstand-der-deutschen-polizeigewerkschaft-bestatigt-rechtslage/>

64. NeuDeutschland mit Peter Fitzek
<http://www.youtube.com/watch?v=C5wITeCma8Q>
65. Unser Finanzsystem eine Betrugsmodell
<http://www.youtube.com/watch?v=ocmRdPeZwu0&feature=related>
66. Peter Fitzek
<http://www.youtube.com/watch?v=dUibZPbeD0k>
67. Peter Fitzek: Wir schaffen neues Geld
<http://www.youtube.com/watch?v=bu1-V5QUY08>
68. Peter Fitzek: NeuDeutschland
<http://www.youtube.com/watch?v=CpHZhHonAbg>
69. Peter Fitzek: NeuDeutschland
<http://www.youtube.com/watch?v=sUgBHR1yXYU>
70. Peter Fitzek: NeuDeutschland
http://www.youtube.com/watch?v=H4eLasTW0Xc&feature=results_main&playnext=1&list=PLB6F7B56A92381422
71. Peter Fitzek: NeuDeutschland
<http://www.youtube.com/watch?v=3gsgqdgPq5g>
72. Hauptkommissar Dolata packt aus
<http://www.youtube.com/watch?v=atLkxpkvINK&feature=relmfu>
73. Reichsausweis und Verhalten der Polizei
<http://www.youtube.com/watch?v=zu4MMpYsyiE&feature=related>
74. Gerichtsvollzieher machen sich schuldig
<http://www.youtube.com/watch?v=H9xn5bMM2zs&feature=related>

- [re=related](#)
75. Gerichtsvollzieher und die ungültigen Gesetze
http://www.youtube.com/watch?v=w1ABe_DFIZo&feature=related
76. Die Tricks von Polizei und Justiz
<http://www.youtube.com/watch?v=1r9ECqaPqkU&feature=related>
77. Einkommensteuer ist illegal
<http://www.youtube.com/watch?v=cFvQIuBA3DA>
78. Klage gegen das Finanzamt
http://www.youtube.com/watch?v=1WrZqs4FSYs&feature=results_main&playnext=1&list=PLA6FECAB6D019C829
79. Ungültige Steuergesetze, Klage gegen Finanzamt
http://www.youtube.com/watch?v=_FHrsy3U5R8
80. Günter Jauch: An alle „Nicht Beamten“
http://www.youtube.com/watch?v=IhUPwTF4_XY&feature=related
81. Polizeischulung über die Rechtslage in der BRD
<http://www.youtube.com/watch?v=1nt5F-g295c&feature=fvwrel>
82. Finanzamt handelt verfassungswidrig
<http://www.youtube.com/watch?v=aADUCeXmSIA>
83. Vergessene Warnungen von Eisenhower und Kennedy
<http://www.youtube.com/watch?v=Vt0w8Dyg8uE&NR=1&feature=endscreen>

84. Gerichtsvollzieher ohne Legimitation
<http://www.youtube.com/watch?v=mRNc9xmv4fc&feature=related>
85. Reisepass der BRD nichtig
<http://www.youtube.com/watch?v=0StEQybUEnU&feature=related>
86. ARD zum Deutschen Reich
<http://www.youtube.com/watch?v=ezQr3SBr4h0&feature=relmfu>
87. BRD GmbH und das Deutsche Reich
<http://www.youtube.com/watch?v=VSihlW0BFwI&feature=related>
88. Unterwerfung der BRD Kanzler
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/03/17/die-unterwerfung-der-brd-kanzler/>
89. Haftbefehl gegen Staatsanwalt und Gerichtsvollzieher
<http://brd-schwindel.org/militaerpolizei-hat-haftbefehl-erlassen-gegen-staatsanwalt-und-gerichtsvollzieher-der-brd/>
90. Haftbefehl gegen Staatsanwalt und Gerichtsvollzieher 2
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/01/27/militaerpolizei-hat-haftbefehl-erlassen-gegen-staatsanwalt-und-gerichtsvollzieher-der-brd/>
91. Abstimmung über Fiskalpakt und ESM
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/04/06/wir-haben-das-recht-auf-widerstand/>
92. Deutsche Wahrheit - Film
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/03/05/die-deutsche-wahrheit-1-0-der-film-2/>
93. Nicht unterschriebene Behörden Bescheide sind nichtig
<http://brd-schwindel.org/der-grosse-bluff-mit-nicht-unterschriebenen-behoerdlichen-bescheiden-lehrheftausgabe-01-02-2012/>
94. Sowjetische Militärregierung in Berlin gibt bekannt:
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/02/02/sowjetische-militarregierung-in-berlin-%e2%80%93-verordnung-uber-die-kommunikationswege-der-deutschen-gerichtsbarkeit/>
95. Berlin ist keine BRD Bundesland
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/01/19/fakt-nr-6-berlin-ist-kein-brd-bundesland/>
96. Verscherbelung Deutschen Eigentums
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/12/28/die-fortsschreitende-verscherscherbelung-deutschen-eigentums/>
97. 18 Punkt zur Situation in Deutschland
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/12/22/18-punkte-zur-situation-in-deutschland-zur-erinnerung/>
98. Internationaler Gerichtshof richtet eigene Abteilung ein
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/12/15/internationaler-straferichtshof-richtet-eigene-abteilung-fur-die-klagen-und-anzeigen-der-arbeitsgemeinschaft-staatlicher-selbstverwaltungen-staseve-ein/>
99. Deutsches Volk, wacht endlich auf
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/12/09/deutsches-volk-wach-auf/>
100. Der Versailler Vertrag und seine Folgen
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/11/12/der-versailler-vertrag-und-seine-folgen/>

101. Schäuble sagt mal die Wahrheit
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/11/21/schauble-unzensiert/>
102. Steuerpflicht in der BRD illegal
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/11/19/ausfuehrliche-abhandlung-hinsichtlich-der-steuerpflicht-im-land-deutsch/>
103. Bundesregierung scheidet auf
 Gerichtsurteile
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/10/31/bundesregierung-scheidet-auf-gerichtsurteilen/>
104. Verfassungsgericht: Voskuhle lügt
<http://menschenrechtsverfahren.wordpress.com/2011/10/08/bundesverfassungsrichter-voskuhle-luegt-grundgesetz-ist-keine-verfassung/>
105. Unterschrift eines gesetzlichen Richters
<http://menschenrechtsverfahren.wordpress.com/2011/11/04/und-ewig-grust-das-murmeltier-ausnahmegericht-bundesfinanzhof-zur-richterlichen-unterschrift-eines-nicht-gesetzlichen-richters/>
106. Justiz nutzt die Unkenntnis der Bürger aus
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/04/15/4-justiz-skandal-bundesweit-artikel-25-grundgesetz/>
107. Betrüger Republik BRD
<http://brd-gmbh.blogspot.de/2010/06/vortrag-brd-schwindel.html>
108. Schluss mit der GEZ Abzocke
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/10/13/deutsche-wehrt-euch-e2%80%93-schluss-mit-der-gez-abzocke/>
109. Die BRD eine kriminelle Organisation?
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/10/25/ist-die-bundesrepublik-deutschland-eine-kriminelle-organisation/>
110. Rechtskraft der Bereinigungsgesetze bestätigt
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2011/10/23/rechtskraft-der-bereinigungsgesetze-bestatigt/>

- htskraft-der-bereinigungsgesetze-durch-bundesjustizministerium-voll-bestatigt/
 111. Polizeischulung über die Rechtslage in der BRD
<http://www.youtube.com/watch?v=1nt5F-g295c&feature=related>
112. Der Gelbe Brief als illegale Zustellung
<http://www.youtube.com/watch?v=iuoFY-u4IFc&feature=related>
113. Angela Merkel sagt mal die Wahrheit
<http://www.youtube.com/watch?v=vGuXVzgZ1uA&feature=related>
114. Steuergesetze in der BRD illegal
<http://www.youtube.com/watch?v=wrqIrMFQFFk&feature=related>
115. Finanzamt und die illegalen Steuern
<http://www.youtube.com/watch?v=PiTqFilacXA>
116. Banken plündern die Konten der Sparer
http://www.youtube.com/watch?v=gagdrx_A-QU&feature=related
117. Geld entsteht aus Luft
<http://www.youtube.com/watch?v=H3DGEG3IOPk>
118. Wie funktioniert Geld?
<http://www.youtube.com/watch?v=ReQNzXbK7tU>
119. Banken und das Schneeballsystem
<http://www.youtube.com/watch?v=WRqAJscnHGE>
120. Geld aus dem Nichts
<http://www.youtube.com/watch?v=6hX-Qddj2EQ>
121. Wohin verschwindet unser Geld? Quarks & Co
<http://www.youtube.com/watch?v=PR9oVZ-vKoE>
122. Banken verleihen kein Geld, sie produzieren Geld
<http://www.youtube.com/watch?v=5z8OssopaBU>
123. Inflation - Deflation
<http://www.youtube.com/watch?v=WAlccQvknI8&feature=related>
124. Giralgeld - Erklärung
<http://www.youtube.com/watch?v=gWijk3S68cg&feature=related>

125. Die „Bilderberger“ und die neue Weltordnung
<http://info.kopp-verlag.de/video.html?videoid=706>
126. Die Geschichte des deutschen Staates seit 1867
http://www.youtube.com/watch?v=0Kq_goLkPY&feature=related
127. Ex Polizist packt aus und wird bedroht
http://www.youtube.com/watch?v=uSKstIKf_9w&feature=related
128. Polizeischulung über die Rechtslage in der BRD GmbH
<http://www.youtube.com/watch?v=1nt5F-g295c&feature=related>
129. Der BRD Schwindel Teil 2
<http://www.youtube.com/watch?v=2C640ZIk6nE&feature=related>
130. Wir sind nicht BRD, wir sind Deutsches Reich
<http://www.youtube.com/watch?v=eTqE7yweLeQ&feature=related>
131. Die BRD Lüge
<http://www.youtube.com/watch?v=K9voWN1F2PA&feature=related>
132. Aufruf zum Steuerboykott
<http://www.youtube.com/watch?v=gGMTBwyN8-E&feature=relmfu>
133. Nitsche schockt den Bundestag
<http://www.youtube.com/watch?v=xkYO3rRCLRs&feature=related>
134. Prof. Harald Lesch packt aus
<http://www.youtube.com/watch?v=0fitFM4XYS0&feature=related>
135. Merkel und Seehofer sagen mal die Wahrheit
<http://www.youtube.com/watch?v=kun6yGLYSbU&feature=related>
136. Die Wahrheit über den EU Vertrag
<http://www.youtube.com/watch?v=E7Qxb3YXFxo&feature=related>

137. Prof. Schachtschneider – Staatsrechtler – packt aus
<http://www.youtube.com/watch?v=AEmHIYBjzJ4&feature=related>
138. Todesstrafe in Deutschland wieder eingeführt
<http://www.youtube.com/watch?v=vs6mFtR0Dzc&feature=related>
139. Der Vertrag von Lissabon oder die EU Diktatur
<http://www.youtube.com/watch?v=-8t8GP9F8gI&feature=related>
140. Reichspräsident Dr. Wolfgang Ebel
<http://www.youtube.com/watch?v=LNyP1XFRyUM&feature=related>
141. Es gibt keine Richter in der BRD
<http://www.youtube.com/watch?v=INukaaTcICM&feature=related>
142. Deutsche haben kein Recht auf Eigentum
<http://www.youtube.com/watch?v=lhRDqhdWR2o&feature=related>
143. Enteignungen in Deutschland. Das Shaef Gesetz Nr. 52
http://www.youctube.com/watch?v=MvH1c_Y7AqU&feature=related
144. Deutsche Richter sind weisungsgebunden - Ulrich Wickert:
<http://www.youtube.com/watch?v=RrwVOjOqBbc&feature=related>
145. Deutsche haben kein Recht auf Eigentum
<http://www.youtube.com/watch?v=wwdpN22SJ7w&feature=related>
146. Die Wahrheit über Deutschland
<http://www.youtube.com/watch?v=PhUDTa5Lmvs&feature=related>
147. Polizeibeamtin untersucht Legimitation der BRD
<http://www.youtube.com/watch?v=-EAaQuiWPLI&feature=related>
148. BRD GmbH – Juristische Fragen
<http://www.youtube.com/watch?v=t3u7p0UxPUY&feature=related>

149. Tagesschau: Das Deutsche Reich ist nicht untergegangen. T. Waigel
http://www.youtube.com/watch?v=9V1Gdu_5L4E&feature=related
150. http://www.youtube.com/watch?v=9V1Gdu_5L4E&feature=related
151. Herzlich Willkommen in unserem Land?
<http://www.youtube.com/watch?v=ZxSGYgXAzaQ&feature=relmfu>
152. Rolle des Verfassungsschutzes – eine Schande
<http://www.youtube.com/watch?v=vymAi1K-A0k&feature=related>
153. Arbeiten lohnt sich nicht in Deutschland
<http://www.youtube.com/watch?v=OJGtgL6sJzk&feature=related>
154. Reisepass Deutsches Reich
<http://www.youtube.com/watch?v=eeodCmGbg88&feature=related>
155. Russische Föderation bestätigt das Deutsche Reich
<http://www.youtube.com/watch?v=z5jRjz06DQU&feature=related>
156. Die BRD kein Staat – Ein Beweis
<http://www.youtube.com/watch?v=dZ1NSqttMXk&feature=related>
157. Der EURO Schein trügt
<http://www.youtube.com/watch?v=-nnTxJaD93E&feature=fvwrel>
158. Crashkurs Geld – Andreas Clauss
<http://www.youtube.com/watch?v=r8C0oF4GdPQ&feature=related>
159. <http://info.kopp-verlag.de/video.html?videoid=704>
160. Inkasso Wahnsinn – alles illegal
<http://www.youtube.com/watch?v=3u3ipyXM2Ew&feature=related>
161. Schufa Einträge löschen
http://www.youtube.com/watch?v=kCQe8e_3ekE&feature=fvwrel
162. Richter und Staatsanwälte als Handlager
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/06/25/richter-als-handlager/>
163. Schäuble lügt unaufhaltsam
<http://iknews.de/2011/12/05/dr-schauble-lugt-oder-kann-nicht-lesen/>
164. Blog über die BRD GmbH
<http://www.recht.de/phpbb/viewtopic.php?p=128873>
165. Alles Schall und Rauch: ESM
<http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2012/06/die-schuldenunion-ist-alternativlos.html>
166. Michael Winkler
<http://michaelwinkler.de/>
167. Paulskirchen Verfassung
<http://www.verfassungen.de/de/de06-66/verfassung48-i.htm>
168. Paulskirchen Verfassung
http://www.uni-leipzig.de/~staat/quellen/ws0708/VerfGesch_30_PaulsK_I_nh.pdf
169. ESM Vertrag
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/07/05/diese-bundestagsabgeordneten-haben-sich-nicht-des-hochverrats-schuldig-gemacht/>
170. ESM Vertrag - Film
http://www.neudeutschland.org/index.php/Augenöffnende_Filme.html
171. Zur Erinnerung: Untergang der Lusitania
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/06/28/die-historie-der-rms-lusitania-zur-erinnerung/>
172. <http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/06/26/deutscher-bund-zur-erinnerung/>
173. Bilderberger und Co.
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/06/18/geheime-gesellschaften/>
174. Wem gehört unser Auto
<http://www.youtube.com/watch?v=4IKsjazsInk&feature=related>

175. Prof. Hankell: Zerstörung eines Staates
<http://www.youtube.com/watch?v=QERfizip28&feature=related>
176. Deutsche haben kein Recht auf Eigentum
<http://www.youtube.com/watch?v=lhRDqhdWR2o>
177. ESM <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/gerhard-wisnewski/esm-buergerrechtler-kuendigen-groesste-protestbewegung-seit-dem-fall-der-mauer-an.html>
178. Der Bundestag ist sofort aufzulösen
<http://www.politaia.org/sonstige-nachrichten/bundeswahlgesetz-der-gesamte-bundestag-ist-sofort-aufzulosen/>
179. Kanzler Unterwerfung – Video
<http://www.youtube.com/watch?v=HL4O7uyqgUc&feature=related>
180. Steuern sind eine Schenkung
<http://www.youtube.com/watch?v=udb5gZxH0Bo>
181. Deutsches Reich und Co.
<http://www.regierung-deutsches-reich.de/>
182. Die BRD GmbH - Fakten
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/08/11/brd-die-fakten-teil-1/>
183. BRD GmbH
<http://www.youtube.com/watch?v=u97p3GVixNk>
184. Prof. Schachtschneider berichtet
<http://www.wissensmanufaktur.net/vortraege>
185. Entsprechend handeln, Keine Angst vor den Gesetzen.
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/01/29/keine-angst-vor-den-gesetzen-dementsprechend-handeln>
186. Sommers Sonntag
<http://www.youtube.com/watch?v=2MDPboKg7Jk>
187. Was ist die BRD?
http://www.youtube.com/watch?v=ILdqIH0YGu8&feature=player_embedded
188. Die Nachrichtensender und deren Abhängigkeit
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/11/23/jede-woche-wird-eine-andere-sau-durchs-dorf-gejagt>
189. Geldschöpfung, Prof. Berger
<http://www.youtube.com/watch?v=rO6quLzyK5g&feature=related>
190. Andreas Claus
<http://www.youtube.com/watch?v=I6atYOTnffM&feature=related>
191. Menschenrechte
<http://reset.to/knowledge/menschenrechte>
192. Menschenrechte in der BRD
<http://www.postswitch.de/wissenswertes/keine-menschenrechte-in-der-brd.htm>
193. Personalausweis
<http://www.youtube.com/watch?v=AT5rqauXJfK>
194. 2. Bereinigungsgesetz Wortlaut
http://www.dnoti.de/DOC/2007/bgbl107_2614.pdf
195. Überleitungsvertrag
<http://www.hackemesser.de/ueberleitungsvertrag.htm>
196. Weiteres Bereinigungsgesetz von 2010
<http://ralfkaser.files.wordpress.com/2011/06/2011-06-17-bundes-recht-bereinigung-2010-12-08.pdf>
197. Geheimer Staatsvertrag
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/12/09/sommers-sonntag-nr-20-der-geheime-staatsvertrag/>
198. Alles Schall und Rauch
<http://alles-schallundrauch.blogspot.de/>
199. Eigentum der Deutschen
<http://www.youtube.com/watch?v=lhRDqhdWR2o>
200. ESM Zustimmer
<http://64.90.56.97/ARTIKEL/Die%20Namen%20und%20Gesichter%20der%20ESM-Volksverr%c3%a4ter.doc>
201. Verfassungen und Co
<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/12/16/sommers-sonntag-21-der-honigmann-zu-gast-bei-thomas-und-tobias-in-der-reichshauptstadt/>

202. Zum Wahlrecht in der BRiD

<http://derhonigmannsagt.wordpress.com/2012/12/19/brd-ohne-wahlrecht-systemkrise-zur-erinnerung/>

203.



Ulrich von Hutten (1488 – 1523)

**Einst schrieb ich alles in Latein;
Nicht jedem konnt's verständlich sein.
Nun ruf' ich dich, mein Vaterland,
in deutscher Sprache wohlbekannt.**

**Lass mich doch nicht alleine sprechen!
Jetzt ist es Zeit, um loszubrechen,
gemeinsam für die Freiheit streben!**

**Was war das bisher für ein Leben,
kein Mensch darf't mehr die Wahrheit sagen!
Steh auf, mein Volk! Nicht lange zagen,
Die Lügenherrschaft zu vertreiben!
Nur Wahrheit soll fortan noch bleiben.
Gott schenk' dem heil, der zu mir steht,
damit sein Eifer nicht vergeht!**

**Manch Edler – hoff' ich – hat den Mut,
manch Graf, manch Bauersmann, so gut
manch Bürger, der in seiner Stadt
der Lebenslage übersatt –
auf dass ich nicht alleine streite.**

**Wohlan, Gott ist auf unsrer Seite!
Kein Deutscher bleibe still daheim!
„Ich hab's gewagt!“ – das sei sein Reim.**

This document was created with Win2PDF available at <http://www.win2pdf.com>.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.